

nds 1-2019

# nds

DIE ZEITSCHRIFT DER BILDUNGSGEWERKSCHAFT

Tarifrunde 2019: Gemeinsam stark!  
Inklusion: So geht's am Gymnasium  
Ein Masterplan für die Grundschule  
Das bringt die Änderung der APO-SI  
didacta: Vielfalt bereichert.  
FAQ: Mutterschutz, Elternzeit und Co.

## Jugendliche stärken: Nein zu Extremismus!

K 5141 71. Jahrgang Januar 2019 ISSN 0720-9673



Mit der GEW NRW ins Kino

## DIE BERUFUNG

Sie ist eine von drei Richterinnen am Supreme Court und in den USA längst als Ikone der Frauenrechtsbewegung berühmt. Ruth Bader Ginsburg, 85 Jahre alt, wird nun mit einer Leinwandadaption ihrer frühen Karrierejahre gewürdigt.

Es sind die 1950er-Jahre in den Vereinigten Staaten von Amerika. Frauen dürfen weder als Polizeibeamtinnen arbeiten noch in Princeton studieren. Ruth Bader Ginsburg will diese Welt verändern. Sie studiert als eine von wenigen Frauen Jura an der Elite-Universität Harvard. Nach ihrem Abschluss als Jahrgangsbeste muss sie sich mit einer Stelle als Professorin zufriedengeben, obwohl sie lieber die Gerichtssäle erobern würde – ein Privileg, das ihren männlichen Kollegen vorbehalten ist. Dank ihres Mannes und Steueranwalts Marty wird sie eines Tages auf den Fall Charles Moritz aufmerksam. Trotz der aufopfernden Pflege seiner kranken Mutter, wird Moritz nicht der übliche Steuernachlass gewährt – aufgrund seines Geschlechts. Ruth wittert einen Präzedenzfall, der eine seit Jahrzehnten stillstehende Gesetzeslage ad absurdum führt. Mit eisernem Willen und scharfem juristischen Verstand zieht Ruth Bader Ginsburg endlich vor Gericht und in einen leidenschaftlichen Kampf gegen die Diskriminierung von Frauen und Männern.

*Kinovorstellungen für Schulklassen sind ab Kinostart möglich. Der Film eignet sich insbesondere mit Blick auf den Internationalen Frauentag unter anderem für die Fächer Deutsch, Englisch, Geschichte, Ethik, Philosophie, Sozialwissenschaften, Gesellschaftswissenschaften und Politikwissenschaften.*



NOCH MEHR KINOFILME FÜR GEW-MITGLIEDER UNTER  
[www.gew-nrw.de/veranstaltungen](http://www.gew-nrw.de/veranstaltungen)



### VORSTELLUNGEN FÜR GEW-MITGLIEDER

**Sonntag, 24. Februar 2019**

**Bielefeld** Lichtwerk Kino, Ravensberger Park 7, Beginn: 11.00 Uhr

**Essen** Astra, Teichstraße 2, Beginn: 11.00 Uhr

**Offizieller Kinostart** 28. Februar 2019

**Filmwebsite** [www.dieberufung-derfilm.de](http://www.dieberufung-derfilm.de)

**Unterrichtsmaterial** [www.gew-nrw.de/kino](http://www.gew-nrw.de/kino)

**Anmeldung und weitere Filme** [www.gew-nrw.de/veranstaltungen](http://www.gew-nrw.de/veranstaltungen)



## Nein zu Extremismus: Reden hilft!

Rechtsextremismus und religiös begründeter Extremismus fordern demokratische, freiheitliche Gesellschaften heraus. Präventionsarbeit muss dem begegnen und sollte dabei immer auch die Entwicklung hin zu extremistischen Haltungen im Blick haben. Ideologien der Ungleichwertigkeit – etwa gegenüber Geflüchteten oder Personen mit anderer Hautfarbe oder ethnischem Hintergrund sowie antisemitische Vorurteile – werden von beträchtlichen Teilen der Gesellschaft und einzelner sozialer Milieus geteilt und befördern die gewaltorientierte Radikalisierung. Gerade junge Menschen sind für extremistische Ideen besonders ansprechbar, wenn in ihrem sozialen und institutionellen Umfeld antidemokratische und menschenverachtende Haltungen keine Reaktionen hervorrufen oder von vielen geteilt werden, wenn kein hinreichend respektvoller Umgang mit Mitmenschen gelebt wird und wenn es an ernst gemeinten Teilhabemöglichkeiten fehlt.

### Das „Wir“ gegen das „Anderer“ – mit allen Mitteln

Im Vergleich von Rechtsextremismus und religiös begründetem Extremismus zeigen sich zahlreiche ideologische und affektive Parallelen: Beide pflegen eine Überidentifikation mit einem konstruierten Eigenkollektiv – „Wir Deutsche“ oder „Wir Muslime“ – und eine Abwertung aller „Anderen“. Individuelle Freiheits- und demokratische Mitbestimmungsrechte werden beschnitten; es herrschen enge und stark emotional besetzte Geschlechterrollenvorstellungen. Verschwörungstheorien machen das Eigenkollektiv zum Opfer und lassen Zwang und Gewalt als legitimes Mittel der „Selbstverteidigung“ erscheinen.

Vielfach sind Jugendliche, die sich religiös radikalieren, auf der Suche nach einer spirituellen, inklusiven Lebenshaltung, etwas, woran sich in der Distanzierungsarbeit anschließen lässt. Das ist bei nationalistischen, exklusiven Ideologien, etwa eines Volksgemeinschaftskonzepts, nicht gegeben – und im Politischen allenfalls mit global-sozialistischen Visionen vergleichbar. Ferner rührt Rechtsextremismus eher von herrschenden Schichten her, während Islamismus eher aus Diskriminierungserfahrung erwachsen ist – wobei es in aktuellen Sozialmilieus auch Umkehrungen gibt.

### Auf die Haltung kommt es an!

Rechtsextreme wie islamistisch begründete Gruppierungen erreichen Jugendliche, indem sie lokale Strukturen mit sozialarbeitsartigem Charakter aufbauen, die Verständnis für die Nöte der Jugendlichen signalisieren und auch jugendkulturell attraktiv sind. Sie bieten Treffpunkte an Orten oder zu Zeiten, an denen es keine Angebote gibt, sowie Gemeinschaftserleben auf Konzerten oder in Gebeten. Die gezielte Ansprache, Kleidungsstile, Rituale, Symbole und Codes erzeugen das Gefühl, einer bedeutenden Bewegung anzugehören. Flankierend unterstützen jugendgerechte soziale Medienangebote bei der Ansprache von Heranwachsenden.

Lehrer\*innen und Jugendarbeiter\*innen denken manchmal, dass viel Spezialwissen gefordert ist, um dieser „Erlebniswelt Extremismus“ etwas entgegen zu können. Dabei ist das Wichtigste die eigene Haltung. Denn solange man es noch nicht mit hoch-ideologisierten Jugendlichen zu tun hat, können bereits offene, nicht verurteilende oder argumentativ geführte Gespräche wirksam sein. Vor allem, wenn sie getragen sind von der eigenen Begeisterung für Menschenrechte und Demokratie und vom Interesse an den Hintergründen und Bezugspunkten des Jugendlichen zum Extremismus. Pädagogische Studiengänge müssen deshalb angehende Bildungs- und Erziehungsprofis in ihrem Beziehungskönnen und einer kritisch-zugewandten Haltung unterstützen und systematische Methoden vermitteln, um Ungleichwertigkeitsvorstellungen und Ressentiments zu reflektieren. „Niemand von der Schule hat mit uns geredet“, berichten viele Aussteiger\*innen über ihre Anfangszeit und erste Annäherung an extremistische Szenen. Jede\*r Lehrer\*in kann dem entgegenwirken. //

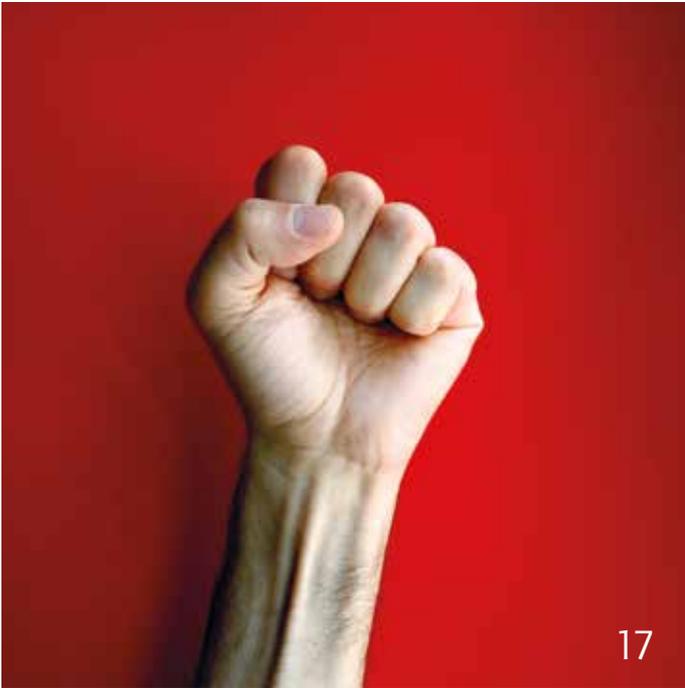


Silke Baer

Geschäftsführerin und  
pädagogische Leiterin von  
cultures interactive e. V.

unter Mitarbeit von  
Harald Weinhöck,  
wissenschaftlicher Leiter  
von cultures interactive e. V.  
[www.cultures-interactive.de](http://www.cultures-interactive.de)

## SONDERHEFT



### BLICKPUNKT\*

#### Gemeinsam mehr erreichen: Tarifrunde 2019

*Tarifrunde 2019 im öffentlichen Dienst*  
Worum geht's hier eigentlich?

Seite 18

*Gewerkschafter\*innen denken im „Wir“*  
Der Arbeitskampf hat viele Gesichter

Seite 20

*Engagement in der Schule*  
Welchen Spielraum haben Schulleitungen an Streiktagen?

Seite 22

*Hinter den Kulissen des Stadtverbands Krefeld*  
Die GEW vor Ort ist startklar

Seite 23

*Kommentar*  
Wir erhöhen den Druck – mit dir!

Seite 24

## BILDUNG



### Jugendliche stärken: Nein zu Extremismus!

*Prävention gegen Rechtsextremismus*  
Raus aus der rechten Szene

Seite 8

*Prävention gegen gewaltbereiten Salafismus*  
Pädagog\*innen fit machen, Jugendliche stärken

Seite 10

*Inklusion am Geschwister-Scholl-Gymnasium in Pulheim*  
Mutig neue Wege gehen

Seite 12

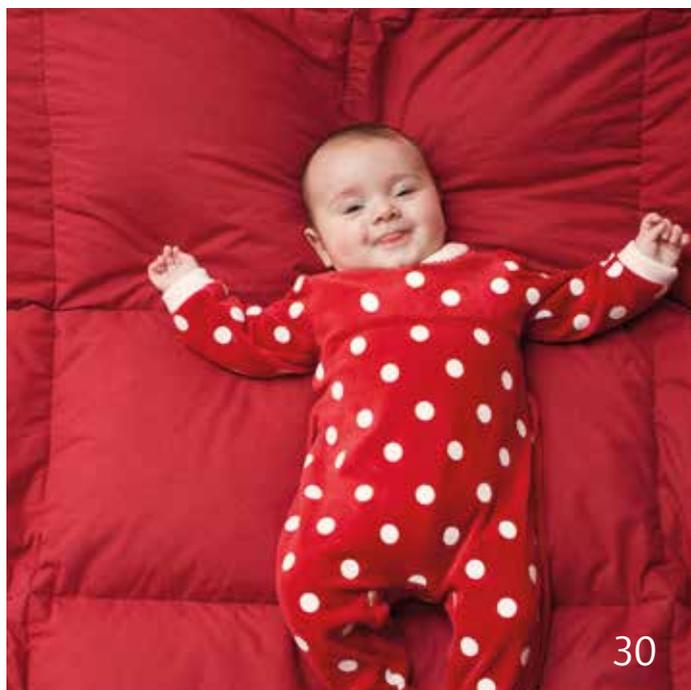
*Ausbildungs- und Prüfungsordnung*  
*Sekundarstufe I wird novelliert*  
Die Folgen der G9-Reform

Seite 15

*Für bessere Arbeitsbedingungen an Grundschulen*  
Der Masterplan muss liefern!

Seite 16

## ARBEITSPLATZ



*GEW NRW auf der didacta 2019*  
Vielfalt bereichert.

Seite 26

*Kommentar zum Hochschulbau*  
In Bauphasen müssen Gewerkschaften und  
Personalvertretungen hartnäckig sein

Seite 28

*Familie und Beruf*  
Eltern werden am Arbeitsplatz Schule

Seite 30

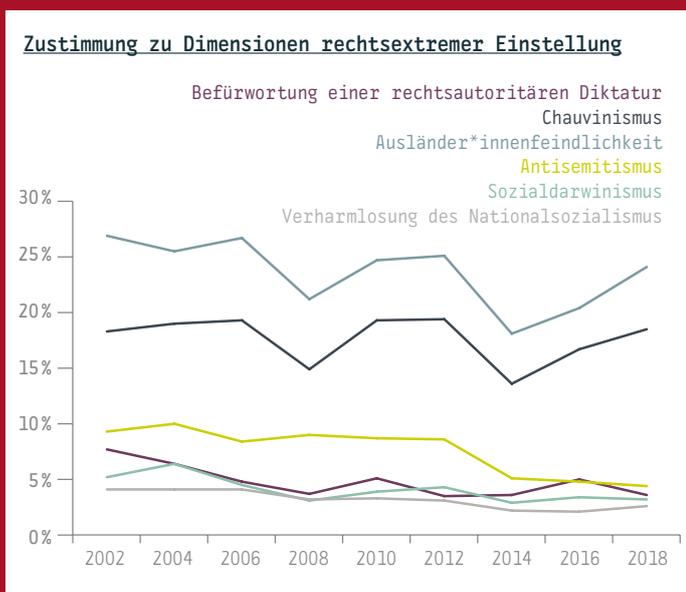
*Personalratsarbeit*  
„Ich muss und will Personalrätin für alle sein.“

Seite 32

## IMMER IM HEFT

GEW-Kino	Seite 2
Nachrichten	Seite 6
Leser*innenbriefe	Seite 25
Weiterbildung	Seite 33
Infothek	Seite 34
Termine	Seite 38
Impressum	Seite 39

## Ausländer\*innenfeindlichkeit nimmt wieder zu



Quelle: Oliver Decker und Elmar Brähler: Leipziger Autoritarismus-Studie, 2018

Ausländer\*innenfeindlichkeit ist im Spektrum rechtsextremer Einstellung am weitesten verbreitet: Bundesweit waren im vergangenen Jahr 24,1 Prozent der Bevölkerung ausländer\*innenfeindlich. Das geht aus der aktuellen Leipziger Autoritarismus-Studie hervor. Rechtsextreme Einstellung lässt sich demnach in sechs Dimensionen unterteilen: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländer\*innenfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus. Je nach Dimension ist die Zustimmung der Befragten sehr unterschiedlich: Besonders auffällig ist der Anstieg des Chauvinismus und der Ausländer\*innenfeindlichkeit von 2008 bis 2012. Als Ursache machen die Autoren der Studie eine Unzufriedenheit über die Finanz- und Wirtschaftskrise aus. Zwei Jahre später sorgte eine Verbesserung der ökonomischen Situation für eine vorübergehende Akzeptanz demokratischer Grundwerte bis die Zahlen seit 2016 wieder auf das alte Niveau anstiegen. Das Muster „Ausländer\*in als Feindbild“ lässt sich offenbar nicht allein durch interkulturellen Austausch durchbrechen. **Mehr ab Seite 8.** *ku*



### Begreifen zum Eingreifen

#### Brexit

Die Bundeszentrale für politische Bildung setzt sich in einem Dossier mit der Sonderrolle der Brit\*innen in der EU auseinander. Wie geht es in Sachen Brexit weiter?

[www.tinyurl.com/bpb-brexit](http://www.tinyurl.com/bpb-brexit)

#### Sichere Passwörter

Viele Onlinenutzer\*innen sind zu bequem bei der Auswahl ihrer Passwörter. Meist nutzen sie dasselbe oder ein sehr ähnliches Passwort für verschiedene Anwendungen. Wie es richtig geht, verrät ein Ratgeber des DGB.

[www.tinyurl.com/passwoerter-sicherheit](http://www.tinyurl.com/passwoerter-sicherheit)

#### Work-Life-Balance

Wie negativ sich Arbeit in der Freizeit auf die ganze Familie auswirkt, zeigen aktuelle Ergebnisse einer Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung.

[www.tinyurl.com/wsi-studie-work-life-balance](http://www.tinyurl.com/wsi-studie-work-life-balance)

## Digitalpakt

Anlässlich des Widerstands gegen den Digitalpakt fordert die Landeschüler\*innenvertretung (LSV) NRW, dass Bildung endlich als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern im Grundgesetz verankert wird. Philipp Schultes, Mitglied im Vorstand der LSV, kritisiert: „Während der Bund seit Jahren außergewöhnlich hohe Einnahmen verzeichnen kann, sitzen in NRW 2,6 Millionen Schüler\*innen in maroden Schulen, in denen es an Geld für Lehrkräfte und Sozialarbeiter\*innen fehlt.“

LSV NRW

## Einschüchterung

Ein Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten der AfD wollte erreichen, dass eine Schulklasse die Teilnahme an einem rassistischen Projekt der Ruhr-Universität Bochum absagt. „Dies zeigt, dass die AfD Lehrkräfte, die Kritik an rassistischen Positionen artikulieren, einschüchtern will“, sagt Prof. Dr. Karim Fereidooni von der Ruhr-Universität. Gemeinsam mit seinem Kollegen Jan Schedler und Lehramtsstudierenden hatte er das Projekt organisiert.

RUB

## Kitaqualität und Beitragsfreiheit

NRW-Familienminister Joachim Stamp plant, die Beitragsfreiheit für das zweite Kitajahr in NRW einzuführen. Zur Finanzierung sollen Mittel aus dem Bundes-Qualitätsentwicklungsgesetz wesentlich beitragen. Die GEW NRW sieht das Vorhaben mit gemischten Gefühlen: Grundsätzlich fordert die Bildungsgewerkschaft, dass der Kita- Besuch kostenfrei ist. Doch das Ziel, die Qualität der Kitas zu verbessern, wird damit nicht erreicht. Dringend benötigt wird ein verbindlicher verbesserter Fachkraft-Kind-Schlüssel: Die Betreuungsrelation muss für Kinder unter zwei Jahren 1 : 3, für Zwei- bis Vierjährige 1 : 5 und für Kinder zwischen vier und sechs Jahren 1 : 8 sein. Zudem bedarf es zusätzlicher Kapazitäten für Ausfall- und Vertretungszeiten. Darüber hinaus brauchen die Kitabeschäftigten Zeit für Dokumentation, Elterngespräche und Fortbildungen. Voraussetzung für eine gute Qualität an Kitas ist ausreichend qualifiziertes Personal. Dieses gewinnt und hält man nur durch gute Arbeitsbedingungen und gute Bezahlung.

Hella Eberhardt

## Betriebsräte werden eingeschränkt

Rund zehn Prozent der Betriebsräte sehen sich vom Arbeitgeber in ihrer Arbeit häufig behindert, weitere 40 Prozent erleben manchmal Blockaden. Das Verhältnis zur Chefetage bewerten zehn Prozent der Beschäftigtenvertreter\*innen in Deutschland nur als „ausreichend“, weitere fünf Prozent sogar als „mangelhaft“. Das zeigen neue Zahlen aus der Betriebsrätebefragung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung. Demnach beschäftigen sich Betriebsräte meist mit Arbeitsschutz und Gesundheit, immer wichtiger werden auch psychische Belastungen durch Arbeitsverdichtung und zu wenig Personal. Auffallend ist, dass das Klima häufiger schlecht ist, wenn das Unternehmen keinen Tarifvertrag hat. In Firmen ohne Tarifregelung sprechen rund 18 Prozent der Betriebsräte nur von einem „ausreichenden“ oder gar „mangelhaften“ Verhältnis. In Unternehmen mit Tarifvertrag sind es dagegen knapp elf Prozent.

Hans-Böckler-Stiftung

## Klimabewegung

Die Klimabewegung „Fridays for Future“ wächst immer weiter: Zuletzt demonstrierten rund 30.000 Schüler\*innen in 50 deutschen Städten für mehr Umweltschutz. Die Teilnehmer\*innen, die selbst die Leidtragenden der aktuellen Klimapolitik sein werden, forderten die Politiker\*innen auf, endlich etwas gegen den Klimawandel zu tun. Dessen Folgen sind kaum zu ignorieren: Die Treibhausgas-Emissionen steigen seit Jahren und noch immer werden Kohle, Öl und Gas genutzt. Die Aktionen waren in allen Städten vor allem durch die Entschlossenheit der Schüler\*innen geprägt. **Mehr unter [www.fridaysforfuture.de](http://www.fridaysforfuture.de)** *kue*

## Bildungspolitik

Die NRW SPD will sich mit ihrer Bildungspolitik den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen stellen. Bildung müsse gelingen, heißt es in dem ambitionierten Papier, sie gehöre schließlich zur DNA der Sozialdemokratie. Lange hatte die SPD in NRW dem einstigen grünen Koalitionspartner das Feld der Schul- und Bildungspolitik überlassen und damit an Profil verloren. Nach 18 Monaten intensiver Vorarbeiten in der AG „Beste Bildung“ hat der Landesvorstand das Papier nun einstimmig beschlossen und zur Diskussion für die Parteimitglieder freigegeben. **Mehr unter [www.tinyurl.com/bildungspolitik-spd](http://www.tinyurl.com/bildungspolitik-spd)** *bp*



14 Ruheständler\*innen der GEW NRW reisten im Herbst gemeinsam nach Straßburg, um die Stadt und das Elsass zu erkunden. *Foto: privat*

## Senior\*innen zu Gast in Straßburg

Im September 2018 starteten 14 Kolleg\*innen zur jährlichen Studienfahrt des Ausschusses für Ruheständler\*innen der GEW NRW ins Elsass. Auf dem Programm stand neben dem EU-Parlament, dem Straßburger Münster und einer Stadtführung unter anderem ein Besuch des Konzentrationslagers Struthof/Natzweiler. Zum Abschluss besuchten die Senior\*innen eine Berufliche Schule in Kehl. *Franz Woestmann*

## Zahl der dualen Azubis steigt

Im Ausbildungsjahr 2017/2018 wurden in NRW 118.320 Verträge in anerkannten Ausbildungsberufen des dualen Systems neu abgeschlossen. Das waren 1.623 Ausbildungsverträge beziehungsweise 1,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Zahl der neuen dualen Azubis stieg in allen sechs Ausbildungsbereichen: In der Landwirtschaft gab es die höchste Steigerungsrate mit 4,1 Prozent, gefolgt vom öffentlichen Dienst mit einem Plus von 3,5 Prozent. In der Hauswirtschaft stieg die Zahl der dualen Auszubildenden um 3,4 Prozent und in den freien Berufen um 2,3 Prozent. Im größten Ausbildungsbereich „Industrie, Handel, Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe“ wurden 1,5 Prozent mehr Verträge abgeschlossen. Das Handwerk konnte mit 0,3 Prozent den geringsten Anstieg verzeichnen. Betrachtet man die Entwicklung der Neuabschlüsse in den Bezirken der Bundesagentur für Arbeit, gab es die deutlichsten Zuwächse in Detmold, Recklinghausen und Bochum. *IT.NRW*

## Arbeitslosigkeit in den Ferien

In den Sommerferien werden bundesweit jedes Jahr viele Lehrer\*innen arbeitslos. In NRW mussten sich rund 18 Prozent aller Lehrkräfte zwischen Oktober 2017 und September 2018 nach einer Beschäftigung arbeitslos melden. Das geht aus einer aktuellen Datenerhebung der Bundesagentur für Arbeit hervor. Verglichen mit den Vorjahren ist der Anteil seit 2014 nahezu unverändert geblieben. Dorothea Schäfer, Vorsitzende der GEW NRW, hat kein Verständnis für diese Praxis: „Angesichts des großen Mangels an Lehrkräften ist es nicht nachvollziehbar, dass sich in NRW immer noch 18 Prozent der nur befristet beschäftigten Lehrkräfte in den Sommerferien arbeitslos melden müssen“, sagt sie. „Ein solches Sparmodell bedeutet andauernde Jobunsicherheit und unbezahlte Arbeit für die Kolleg\*innen sowie Ungewissheit in den Schulen, die auch nach den Sommerferien wieder Lehrkräfte für den Unterricht brauchen.“ **Mehr unter [www.tinyurl.com/lehrkraefte-arbeitslosigkeit](http://www.tinyurl.com/lehrkraefte-arbeitslosigkeit)** *kue*

## Hochschulgesetzentwurf steht fest

Die Landesregierung hat den Entwurf für ein neues Hochschulgesetz beschlossen und gibt vor, die Hochschulfreiheit wiederherzustellen sowie die Rahmenbedingungen für Studium und Lehre zu verbessern. Dabei stößt sie auf heftige Kritik, weil die Rechte der Beschäftigten an den Hochschulen und der Studierenden beschnitten werden. Dorothea Schäfer, Vorsitzende der GEW NRW, sagt: „Wir bedauern, dass sich das Land aus der Detailsteuerung der Hochschulentwicklung zurückzieht und der Landeshochschulentwicklungsplan in NRW entfällt. Auch die gesetzliche Regelung für gute Beschäftigung wird gestrichen. Das schwächt die Position der wissenschaftlich Beschäftigten. Gleichzeitig wird die Macht der Hochschulräte ausgebaut.“ Die gemeinsam von DGB, GEW und ver.di verfasste Stellungnahme zum Referentenentwurf, die im Mai 2018 veröffentlicht worden war, konnte praktisch keinen Einfluss auf den Regierungsentwurf entfalten. **Mehr unter [www.tinyurl.com/hochschulgesetz-nrw-entwurf](http://www.tinyurl.com/hochschulgesetz-nrw-entwurf)** *bp*

## 100 Jahre Frauenwahlrecht

Frauen feierten im Januar 2019 bundesweit 100 Jahre Frauenwahlrecht. Als gemeinsames Zeichen nahmen viele Politikerinnen in weißen Oberteilen an einer Feierstunde im Bundestag teil. Die Rechte von Frauen zu stärken, ist auch eine Aufgabe für die GEW NRW. Maike Finnen, stellvertretende Vorsitzende der GEW NRW, sagt: „Das Frauenwahlrecht war hart erkämpft und ist eine der wichtigsten Säulen der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Gesellschaft. Aber es hat nicht dazu geführt, dass man heute, davon sprechen kann, dass wir die Gleichberechtigung in allen Bereichen der Gesellschaft durchgesetzt hätten: Frauen sind in Führungspositionen immer noch deutlich unterrepräsentiert. Immer noch existiert ein Gender-Pay-Gap von circa 20 Prozent. Frauen sind überproportional von Altersarmut betroffen. 100 Jahre Frauenwahlrecht erinnern uns daran, dass wir weiter für die Gleichberechtigung kämpfen müssen.“ **Mehr unter [www.tinyurl.com/100Jahre-Frauenwahlrecht](http://www.tinyurl.com/100Jahre-Frauenwahlrecht)** *kue*

Prävention gegen Rechtsextremismus

## Raus aus der rechten Szene

**Wie gelingt der Ausstieg aus der rechten Szene? Dr. Johanna Sigl forscht zu dem Thema an der Leuphana Universität in Lüneburg. Im Interview erklärt sie, wie Rechtsextremismusprävention funktioniert und was ein Ausstieg aus der extremen Rechten für die Betroffenen bedeutet.**

**nds: Rechte Argumentationslinien sind heute in vielen Kommentarspalten von Sozialen Netzwerken zu finden. Woran liegt es, dass sich immer mehr Menschen trauen, ihre rechte Haltung öffentlich zu machen?**

**Johanna Sigl:** Kommunikation in Sozialen Netzwerken findet zwar online statt, ist dabei aber nicht losgelöst von der Offline-Gesellschaft. Eher lässt sie sich als Brennglas gesellschaftlicher Entwicklungen beschreiben. Die rechtsextremen Haltungen, die in Sozialen Medien geäußert werden, finden sich bei den Personen in ihren politischen Orientierungen wieder, die wiederum nicht zwischen Einstellungen im Internet und im wirklichen Leben unterschieden werden. Mit Sozialen Medien ist in den letzten Jahren ein neuer Resonanzraum entstanden, in dem rechtsextreme Positionierungen geäußert werden können. Ein wichtiges Merkmal dabei ist die Anonymität, die das Internet bietet. Sie setzt die Hemmschwelle für solche Äußerungen herunter, da der Raum zunächst frei von Konsequenzen erscheint. Gleichzeitig weisen erste wissenschaftliche Untersuchungsergebnisse auf die Wechselwirkungen zwischen rechtsextremer Hetze im Netz sowie Gewalttaten in der realen Welt hin.

Neben der zunehmenden Hate Speech und rechten Hetze, die sich in Social-Media-Kanälen ausbreitet, gibt es aber auch immer mehr Menschen, die sich nicht damit abfinden wollen, dass das Netz ein Ort ist, an dem Menschenverachtung unwidersprochen geäußert werden kann. Mehrere Initiativen sowie Einzelpersonen positionieren sich gegen rechte Hetze und arbeiten der Anonymität und Verrohung entgegen. Zivilcourage in Sozialen Netzwerken ist dringend nötig.

**Woran lässt sich Rechtsextremismus eindeutig festmachen?**

Provokant gesagt: gar nicht. Die Eindeutigkeit einer Rechtsextremismusdefinition liegt immer in dem eigenen Verständnis des Phänomens begründet. Das, was für die eine eindeutig rechtsextrem ist, wertet der andere als jugendliches Protestverhalten. Innerhalb der Sozialwissenschaften gibt es eine belastbare Begriffsdefinition, die sich wiederum inhaltlich von der Definition der Sicherheitsbehörden und damit auch von einem Extremismusbegriff abgrenzt. Die Wissenschaftler Andreas Klärner und Michael Kohlstruck sprechen von Rechtsextremismus als diskursiver Konstruktion und als sozialer beziehungsweise politischer Praxis. Hiermit werden die Einstellungs- sowie die Handlungsmuster

einer rechtsextremen Orientierung thematisiert. Rechtsextreme Ideologiefragmente sind beispielsweise Rassismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Sexismus. Momente der diskursiven Begriffsbestimmung werden aktuell immer wieder anhand politischer Debatten um den Umgang mit Flucht und Migration sichtbar. Und ebenso eindrücklich verweisen die Zahlen zu Todesopfern rechtsextremer Gewalttaten auf unterschiedliche Definitionen. So weichen die offiziellen behördlichen Zahlen von den Zahlen, die von antifaschistischen, zivilgesellschaftlichen, journalistischen und wissenschaftlichen Akteur\*innen recherchiert wurden, stark nach unten ab. Relevant für pädagogische Kontexte bleibt die Frage nach einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild, denn an ihm bemisst sich die Einschätzung, ob jemand überhaupt noch mit pädagogischen Interventionen erreichbar ist.

**Welche Hilfen gibt es für Menschen, die aus der rechten Szene aussteigen wollen? An welcher Stelle setzen Präventionsprojekte an?**

In Deutschland existieren mittlerweile ganz unterschiedliche Angebote zur Unterstützung einer Distanzierung von der extremen Rechten. Die Programme und Projekte arbeiten sowohl regional als auch überregional und befinden sich entweder in zivilgesellschaftlicher oder in behördlicher Trägerschaft. In NRW sind die Mitarbeiter\*innen von NinA NRW kompetente Ansprechpartner\*innen in der professionellen

Und nicht zuletzt: Bei allen Angeboten zur Prävention rechtsextremer Orientierungen sollte ein Fokus auf die Stärkung von gegenkulturellen Jugendlichen und ihren Angeboten gelegt werden. Rechtsextreme Orientierungen und Gruppierungen werden an den Orten mehrheitsfähig und damit attraktiv, an denen sie un widersprochen agieren können. Unterstützung benötigen die Kinder und Jugendlichen, die sich dagegen engagieren.

### Wie sollte Extremismusprävention im Bildungsbereich idealerweise aussehen?

Als Rechtsextremismusforscherin kann und möchte ich meinen Fokus auf die Rechtsextremismusprävention richten. Nicht nur begründet mit meiner diesbezüglichen Expertise, sondern auch damit, dass ich dem Ansatz einer Radikalisierungsprävention skeptisch gegenüberstehe, die versucht, verschiedene soziale Phänomene nicht nur zu verbinden, sondern ihre vorhandenen wie konstruierten Gemeinsamkeiten zu betonen.

Gerade in Schulen scheint es schwer zu sein, Rechtsextremismus nachhaltig zu begegnen. Sicher hat das auch viel damit zu tun, dass die inhaltliche, pädagogische sowie die biografische Auseinandersetzung damit in der Ausbildung viel zu wenig Raum bekommt. Eine klare politische Haltung gegen Rechtsextremismus und Menschenverachtung muss nicht nur erarbeitet und immer wieder überprüft werden, sie muss darüber hinaus in pädagogische Handlungskonzepte überführt werden. Gleichzeitig ist der schulische Raum so eng, dass sich Lehrer\*innen mit diesen Ansprüchen, die den Rahmen ihres eigentlichen Unterrichts überlagern, häufig überfordert sehen.

Beratung und Begleitung von Distanzierungsprozessen. Wichtig bei diesem Prozess ist die Reflexion der ehemals vertretenen Handlungs- und Orientierungsmuster. Manchmal erscheint es, als bestünde ein Ausstieg aus der extremen Rechten darin, den Kontakt zu seinen alten Freund\*innen abzubrechen, sich durch das Geld eines Ausstiegsprogrammes neue Kleidung kaufen zu können und etwaige Tätowierungen covern zu lassen.

Demgegenüber können Präventionsprojekte, die auf primäre Rechtsextremismusprävention setzen, gar nicht früh genug beginnen, wie zuletzt die durch die Broschüre der Amadeu-Antonio-Stiftung zu Rechtsextremismusprävention in der frühkindlichen Pädagogik unterstrichen wurde. Dabei geht es um die Entwicklung und Stärkung einer demokratiebasierten empathischen Menschenrechtsorientierung. Generell wissen wir: Nicht die moralische Empörung – die richtig und wichtig ist – schafft dabei einen pädagogischen Zugang zu Kindern und Jugendlichen. Stattdessen geht es darum, zu einer eigenen biografischen Auseinandersetzung anzuregen. Was hat Rechtsextremismus mit mir zu tun? Mit meiner Familie und ihrer Geschichte? Welche Rolle spielt es in unserem Stadtteil und welche Vergangenheiten können wir erforschen? Solche biografiebasierten und rekonstruktiven Angebote vertiefen Selbstverstehensprozesse und bieten dadurch eine gute Ausgangslage gegen rechte Orientierungen.

Wissenschaftliche Interviews mit Aussteiger\*innen zeigen, dass Schule nur in ganz wenigen Fällen als ein Ort erlebt wurde, an dem es zu einer produktiven Verunsicherung und einer anschließenden nachhaltigen Unterstützung im Distanzierungsprozess gekommen ist. Schulische Erlebnisse, in denen rechtsextreme Äußerungen eingesetzt wurden, um Lehrkräfte zu provozieren, und die gleichzeitig dazu führten, dass die rechtsextrem orientierte Person in der Gunst ihrer Mitschüler\*innen gestiegen ist, wurden indes häufiger berichtet. Eine pädagogische Haltung, angelehnt an Methoden und Techniken der rekonstruktiven Sozialen Arbeit, kann auch hier ein gutes Angebot formulieren. Darüber hinaus hat sich eine enge und funktionierende Zusammenarbeit zwischen Lehrer\*innen, Schulsozialarbeiter\*innen und Psycholog\*innen als produktiv gezeigt. Dem Argument, dass hierfür häufig die Ressourcen fehlen, muss politisch begegnet werden. //

*Die Fragen stellte Jessica Küppers.*



**NinA NRW: Beratung und Begleitung beim Ausstieg aus der rechten Szene**  
www.nina-nrw.de



**Beratung gegen Rechtsextremismus**  
www.mobile-beratung-nrw.de



**Amadeu Antonio Stiftung: Ene, mene, muh – und raus bist du!**  
www.tinyurl.com/amadeu-antonio-broschuere



**Comicroihe: Andi – Tage wie dieser**  
www.tinyurl.com/comic-andi



**Bundeszentrale für politische Bildung: Was ist Rechtsextremismus?**  
www.tinyurl.com/bpb-rechtsextremismus-video



Prävention gegen gewaltbereiten Salafismus

## Pädagog\*innen fit machen, Jugendliche stärken



**Extremistischer Salafismus beschäftigt nicht nur die Sicherheitsbehörden, sondern auch Bildungseinrichtungen in Deutschland. Denn häufig sind es Jugendliche, die mit der salafistischen Szene sympathisieren und gezielt angeworben werden. Umso wichtiger sind Projekte, die Jugendliche stärken und Pädagog\*innen das richtige Handwerkszeug vermitteln, um sie zu unterstützen.**

Deutsche Sicherheitsbehörden schätzen, dass rund 300 deutsche Kinder und Jugendliche mit ihren Eltern in Kampfgebiete wie Syrien oder Irak gezogen sind oder dort geboren wurden, wo sie islamistisch salafistischen Einflüssen ausgesetzt sind. Neben rund 100 Familien, die inzwischen wieder als sogenannte Rückkehrer\*innen in der Bundesrepublik leben und im Visier des Verfassungsschutzes stehen, warten noch einige Frauen mit ihren Kindern an unterschiedlichen Grenzen auf ihre Ausreise nach Deutschland. Voraussichtlich wird es insgesamt mehr als 100 minderjährige Rückkehrer\*innen geben. Konkrete Zahlen sind schwer zu ermitteln, da unter anderem aus datenschutzrechtlichen Gründen Kinder unter 14 Jahren nicht erfasst und beobachtet werden dürfen.

Hinzu kommen Kinder und Jugendliche, die in islamistisch-salafistischen Familien aufwachsen. Auch wenn nicht reflexartig angenommen werden darf, dass alle Rückkehrer\*innen und Kinder aus islamistisch-salafistischen Familien radikalisiert und ideologisiert sind, stellt das Thema nicht nur die Sicherheitsbehörden, son-

dern auch Jugendämter, Sozialarbeit, Schulen, Kitas und andere Bildungseinrichtungen vor große Herausforderungen.

### **Pädagog\*innen müssen erkennen: Ist das Religion oder etwas anderes?**

Gegenwärtig ist viel zu wenig über zurückkehrende Kinder und Kinder in islamistisch-salafistischen Familien bekannt. Einige Bundesländer fordern, dass auch Kinder unter 14 Jahren beobachtet und ihre Daten erfasst werden sollen. Ebenso wird kontrovers diskutiert, ob es sich bei einer islamistisch-salafistischen Erziehung um eine Kindeswohlgefährdung nach § 8a des Sozialgesetzbuches handelt. Auch wenn die Merkmale für eine Kindeswohlgefährdung gesetzlich klar formuliert sind, reicht eine radikal religiöse Überzeugung der Eltern oft nicht aus. Eine Kindeswohlgefährdung liegt zum Beispiel vor, wenn die körperliche, seelische oder geistige Entwicklung des Kindes nachweislich durch die Lebensführung der Erziehungsberechtigten beeinträchtigt wird. Dazu könnten etwa eine starke gesellschaftliche Isolation, die Pflicht

der Abgrenzung von Andersgläubigen oder Einschränkungen der kindlichen Autonomie zählen. An dieser Stelle werden interessanterweise schnell Parallelen zum Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in rechtsextremen Familien deutlich. Der Islamismus ist jedoch im Vergleich zum Rechtsextremismus medial viel präsenter und als Problem noch recht jung.

Schule und Kita sind wichtige Ansatzpunkte, um betroffene Kinder aufzufangen. Sie können einen erheblichen Beitrag zu alternativen Einflüssen außerhalb des Elternhauses leisten und gegebenenfalls Auffälligkeiten wahrnehmen. Doch Salafismus zu erkennen und mit ihm umzugehen, ist für viele Bildungseinrichtungen noch extrem herausfordernd, was die Beratungsstelle „Wegweiser“ im Kreis Wesel bestätigt. Das umfassende Beratungs-, Informations- und Unterstützungsangebot zur Prävention vor salafistisch motivierter Radikalisierung wird vom nordrhein-westfälischen Ministerium des Innern initiiert, koordiniert sowie finanziert und hat aktuell 17 Anlaufstellen in NRW. Es richtet sich an ratsuchende oder gefährdete Menschen sowie an Familienangehörige und das Umfeld bereits radikalierter Personen, zum Beispiel Freund\*innen, Lehrer\*innen und Arbeitskolleg\*innen. Zudem bietet „Wegweiser“ Unterstützung und Aufklärung bei allgemeinen Fragen rund um die Themen extremistischer Salafismus, Islamismus und Radikalisierung.

Ein Mitarbeiter der Beratungsstelle berichtet, dass „gerade im Kontext Schule das Thema Islamismus irritierend und überfordernd wirken kann. Oft stellen sich Lehrkräfte oder Erzieher\*innen in der jeweiligen Situation die Frage, ob es sich hier um Religion oder um etwas anderes handelt. Zum Beispiel wenn Schüler\*innen eine Möglichkeit für das Gebet in der Schule einfordern. Hier haben Schulen scheinbar noch Schwierigkeiten, eine klare Position zu entwickeln.“

### **Erzieher\*innen brauchen Fachwissen und Handwerkszeug**

Die Situation richtig einzuschätzen, vorurteilsfrei zu agieren und nicht zu pauschalisieren – mit dieser Gratwanderung haben Erzieher\*innen und Lehrkräfte vor Ort meist zu kämpfen. Manchmal stehen aber auch die persönliche Haltung, Überforderung oder schlichtweg Unwissenheit einem verantwortungsbewussten Handeln im Weg. Wenn eine Schülerin das Kopftuch trägt oder ein Schüler immer wieder betont, der Islam sei die beste Religion von allen, sind das nicht immer gleich Indizien für eine islamistische Radikalisierung. Nicht selten steckt dahinter der Wunsch nach Zugehörigkeit, Identität und

Stärke – gerade bei Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte, die häufig von sozialer und kultureller Marginalisierung betroffen sind. In der alltäglichen pädagogischen Arbeit geht es vor allem darum, Situationen richtig einschätzen zu können und dementsprechend zu handeln. Denn natürlich können religiöse Aussagen oder Handlungen ein Ausdruck islamistischer Ideologie sein.

Hier setzen die Sensibilisierungsangebote von „Wegweiser“ für Schulen an, denn zunächst brauchen Pädagog\*innen fachkundige Information rund um das Thema. Gleichzeitig müssen sie für den Übergang in die Praxis eine langfristige Strategie sowie Handlungsansätze und -routinen entwickeln. „Es reicht nicht aus, punktuelle Veranstaltungen anzubieten, in denen abstrakt über das Thema referiert wird. Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter\*innen brauchen einen Leitfaden, um in konkreten Situationen agieren zu können“, weiß der Mitarbeiter der Beratungsstelle. „Da die Schule ein schnelllebiger Mikrokosmos ist, ist es immens wichtig, aktuelle Entwicklungen und Lagebilder innerhalb der Schüler\*innenschaft zu erfassen. Das gelingt am ehesten durch eine fest implementierte und regelmäßig agierende Struktur, die den Gedanken des Case Management verfolgt. Das funktioniert zum Beispiel, indem sich Beratungslehrkräfte und Schulsozialarbeiter\*innen zu einer Präventions-AG zusammenschließen.“

### Zivilgesellschaftliche Akteure eröffnen Kontakt zum liberalen Islam

In diesem Setting sind insbesondere die zivilgesellschaftlichen Akteure gefragt. Behördliche Maßnahmen allein, die an der Wahrung von Sicherheit interessiert sind und auf Grundlage von Gesetzen agieren, reichen nicht aus. In der pädagogischen Umsetzung präventiver Ansätze geht es hingegen um das Individuum und dessen Entwicklung. Zivilgesellschaftliche Akteure können auch Vertreter\*innen muslimischer Migrant\*innenorganisationen oder Imame der Moscheen sein, die in die Präventionsarbeit eingebunden werden. Welche Moscheevereine den liberalen Islam vertreten, wissen in der Regel die Kommunalen Integrationszentren oder die städtischen Integrationsbeauftragten. Die Einbindung von liberalen Vertreter\*innen des Islam zeigt zugleich Wertschätzung und Akzeptanz gegenüber den muslimischen Kindern, Jugendlichen und Eltern, aber auch gegenüber muslimischen Vereinen. Gerade weil zum Islam so viele unterschiedliche Strömungen und Lebensformen gehören, ist es umso wichtiger, sich

mit den Lebenswelten muslimischer Kinder und Jugendlicher auseinanderzusetzen. Diskutiert eine Bildungseinrichtung zum Beispiel kritisch über den Wunsch nach einem Gebetsraum oder über das Fasten im Ramadan, wird ihr nicht selten vorgeworfen, gegen den Islam zu sein. Die Reaktion ist oft mit Trotz und verhärteten Fronten verbunden, was wiederum den Zugang erschwert.

Ratsam ist zudem eine engere Zusammenarbeit von Schulen, Sozialarbeit, und Kitas mit den örtlichen Jugendämtern. Bei einer möglichen Gefährdung und einem entsprechenden Verdacht können sie effektiver reagieren, den Bildungseinrichtungen beratend zur Seite stehen und gegebenenfalls Maßnahmen einleiten.

### Primäre Prävention braucht keinen Anlass

Auch wenn es in der pädagogischen Arbeit um Akzeptanz und Wertschätzung verschiedener Religionen geht, müssen selbstverständlich Grenzen gesetzt werden, wenn demokratiefeindliche, gewaltbereite und menschenverachtende Aussagen oder Handlungen ins Spiel kommen. Mittlerweile unterstützen zahlreiche Handreichungen Lehrkräfte dabei, Unterrichtseinheiten zu Islamismus, Salafismus oder Extremismus zu planen, um die Schüler\*innen zu sensibilisieren.

Schulen können Prävention auch als Chance und Gelegenheit sehen, um Schüler\*innen zu fördern. Präventionsarbeit erfordert nicht immer eine situative Problematik und einen konkreten Interventionsbedarf. Gerade primäre Prävention im Sinne von Wertevermittlung und Demokratiepädagogik wirkt als allgemeine Immunisierung und macht Schüler\*innen stark gegen diverse problematische Tendenzen und Denkmuster. Denn primäre Prävention braucht keinen Anlass. //



IM NRW: Projekt „Wegweiser in Nordrhein-Westfalen. Gemeinsam gegen gewaltbereiten Salafismus“

[www.im.nrw/wegweiser](http://www.im.nrw/wegweiser)



IM NRW: Broschüre „Extremistischer Salafismus als Jugendkultur. Sprache, Symbole und Style“

[www.tinyurl.com/salafismus-jugendkultur](http://www.tinyurl.com/salafismus-jugendkultur)



GEW NRW: Damit „Jude“ kein Schimpfwort mehr ist – Burak Yilmaz im Interview

[www.tinyurl.com/yilmaz-interview](http://www.tinyurl.com/yilmaz-interview)



Şenol Keser

freier Journalist und Mitglied im Leitungsteam des Landesausschusses Migration, Diversity und Antidiskriminierung der GEW NRW





Inklusion am Geschwister-Scholl-Gymnasium in Pulheim

## Mutig neue Wege gehen

**Inklusion ist eine Aufgabe, die mehr als eine Schulform betrifft: Wie das gemeinsame Lernen von Regelkindern und Kindern mit einem speziellen Förderbedarf zum Beispiel am Gymnasium aussehen kann, macht das Geschwister-Scholl-Gymnasium (GSG) in Pulheim bei Köln vor. Dort wird in jedem Jahrgang eine Inklusionsklasse gebildet.**

Ganz bewusst öffnet das GSG als „Schule der Vielfalt“ seine Türen für inklusives Lernen und nimmt nach intensiven Vorarbeiten seit dem Schuljahr 2013/2014 Schüler\*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf. Seitdem gibt es pro Jahrgang eine Klasse des Gemeinsamen Lernens. Derzeit besuchen rund 1.500 Schüler\*innen von der fünften bis zur zwölften Klasse das GSG, darunter 35 Schüler\*innen mit unterschiedlichen Förderbedarfen.

Lehrerin Jeanette Mayer-Lazarek gehört zum Inklusionsteam der Schule. Seit fast drei Jahren leitet sie gemeinsam mit ihrem Kollegen David Reifenrath eine Inklusionsklasse. „Bei uns führen wir alle Klassen zu zweit – egal, ob es sich dabei um eine Inklusions- oder Regelklasse handelt. Das ist eine Besonderheit, die uns von vielen Schulen unterscheidet“, erklärt die Lehrerin, die seit Mai 2013 am GSG Englisch und Pädagogik unterrichtet. „Gegen Ende des Schuljahrs 2015/2016 wurden wir gefragt, ob wir vorstellen können, eine Klasse zu übernehmen, in die auch Inklusionskinder gehen. Ich hatte bis zu diesem Zeitpunkt nur Regelklassen geleitet, mein Kollege David Reifenrath hatte darüber

hinaus schon Erfahrungen als Fachlehrer in den Klassen des Gemeinsamen Lernens gesammelt.“ Die beiden entschieden sich dafür – und wagten trotz erster Erfahrungen einen Sprung ins kalte Wasser: „Man weiß zwar vorher nicht, was im Detail auf einen zukommt, aber wenn man ehrlich ist, gibt es in jeder Klasse Kinder mit Defiziten, mit denen man umgehen muss.“

### Eine Klasse mit vielen besonderen Kindern

Insgesamt 22 Schüler\*innen besuchen die heutige Klasse 7 b. Sechs von ihnen haben einen besonderen Förderbedarf – vier mit einem Förderschwerpunkt Lernen (LE), zwei mit dem Förderschwerpunkt emotional-soziale Entwicklung. Für die beiden Klassenlehrer\*innen sind diese Schüler\*innen zwar mit einer offiziellen Diagnose „ausgestattet“, doch im schulischen Alltag spielt das eher eine untergeordnete Rolle: „Wir sehen unsere Klasse weniger als Inklusionsklasse, sondern vielmehr als eine Gruppe von 22 besonderen Kindern. Jedes von ihnen kommt morgens zur Schule und kann gewisse Dinge nicht, bringt seine eigenen Stärken und

Schwächen mit. Und diese gilt es mit einer individuellen Unterrichtsgestaltung zu berücksichtigen.“

Ihrem Anspruch versuchen die beiden mit viel Engagement gerecht zu werden. Beim Blick in den Klassenraum stellt sich jedoch die Frage, wie gut das gelingt. Dort ist ganz schön was los: „Ja, bei uns ist immer mächtig was los: Die Schüler\*innen mit dem Förderschwerpunkt emotionale-soziale Entwicklung kommen jeweils mit einer Schulbegleitung, außerdem werden viele Unterrichtsstunden von einer zweiten Lehrkraft unterstützt. Hinzu kommen an einigen Tagen noch Referendar\*innen oder Praktikant\*innen“, sagt Jeanette Mayer-Lazarek schmunzelnd. „Gleichzeitig achten wir aber darauf, dass die Kinder möglichst wenig Lehrer\*innen haben. Wir als Klassenleitungen unterrichten jeweils zwei Fächer, hinzu kommen dann einige Fachlehrer\*innen sowie die Sonderpädagog\*innen. Gerade bei den Klassen, in denen gemeinsam gelernt wird, ist es wichtig, dass kein ständiger Wechsel der Bezugspersonen stattfindet.“

Aber ist es nicht eine immense Herausforderung, mit so vielen Menschen den Unterricht gemeinsam zu gestalten? Jeanette Mayer-Lazarek sieht eher einen großen Vorteil darin: „Dass das gemeinsame Lernen klappt, liegt vor allem daran, dass wir als Team zusammenarbeiten. Für den regelmäßigen Austausch setzen wir uns einmal

die Woche zusammen und sprechen über die Schüler\*innen, über individuelle Förderpläne und über Ereignisse, die eventuell vorgefallen sind.“

Auch die Unterrichtsvorbereitung erfolgt in enger Abstimmung: „Ich plane zum Beispiel die Englischstunde und spreche mich dann mit der Fachlehrerin ab, die die Stunde mit mir halten wird. Sie reduziert das Material so, dass die Inklusionskinder gut folgen können. Dabei beginnt und endet jede Stunde mit einem gemeinsamen Einstieg beziehungsweise Ausstieg – schließlich sind wir eine Klasse und die Kinder sollen nicht einzeln ihr eigenes Material bearbeiten. Es gibt ja auch Regelkinder in der Klasse, die in dem einen Fach besser, in dem anderen schlechter sind, die brauchen auch auf ihren Leistungsstand abgestimmtes Material. Das Schöne daran: Fragt man die Kinder, wer in der Klasse einen Förderschwerpunkt hat, dann wissen die das gar nicht.“

### Individuelles Lernen führt zu einem starken Miteinander

Individuelles Lernen wird also in der 7 b großgeschrieben. Deshalb gehören auch offene Türen zum Konzept: „Bei uns am GSG ist das nichts Besonderes. Nach dem gemeinsamen Einstieg können die Schüler\*innen sich verteilen, draußen oder im Flur arbeiten. Wir bereiten die Unterrichtsmaterialien so vor, dass man damit auch auf dem Boden arbeiten kann. Zudem haben wir einen zweiten Klassenraum, sodass wir die Gruppe bei Bedarf teilen können. Unsere Schüler\*innen sind freieres Lernen gewohnt und wissen, dass sie an ihren eigenen Baustellen arbeiten. Dabei ist ganz entscheidend, dass alle frühzeitig erfahren, dass sie für sich selbst und für niemand anderen lernen“, betont Jeanette Mayer-Lazarek.

Ein weiterer Baustein des Konzepts ist, dass die Schüler\*innen viele Inhalte in Projekten

erarbeiten. „Das hat den großen Vorteil, dass sie neben der reinen Stoffvermittlung ganz viel Teamgefühl erfahren und auch mal auf jemanden angewiesen sind, der vielleicht kognitiv nicht so weit ist wie sie, dafür aber eine andere Fähigkeit hat, die ihnen selbst fehlt.“ Ein Beispiel für solch ein gelungenes Projekt ist der Foodtruck, den die 7 b im vergangenen Jahr anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft (WM) gebaut hat: Eine Woche lang haben sich die Schüler\*innen damit beschäftigt, welche WM-Länder es gibt und haben diese täglich in der Mensa vor der ganzen Schule präsentiert. Die LE-Schüler\*innen bauten den Foodtruck im Werkunterricht. Jeden Tag wurde darin ländertypisch gekocht und verkauft. „Bei diesem Klassenprojekt fiel überhaupt nicht auf, ob jemand vielleicht nicht so gut schreiben oder recherchieren kann. Alle Schüler\*innen konnten ihre Stärken mit einbringen.“

### Schule ist für die 7 b ein Lebens- und Erlebnisort

Auf diese Weise erfahren die Kinder der 7 b Schule mehr als Lebens- und Erlebnisort denn als Lerneinrichtung. „Unsere Schüler\*innen kommen wirklich von Herzen gern hierher – am ersten Schultag nach den Weihnachtsferien saßen alle schon überpünktlich auf ihren Plätzen. Die Kinder wissen einfach, dass wir etwas mit ihnen machen, das Spaß macht. Außerdem freuen sie sich auf die Gemeinschaft. Der Zusammenhalt ist sehr stark ausgeprägt. Das sieht man auch daran, dass die Klasse sich nicht 7 b nennt, sondern sich einen Teamnamen aus unseren Namenskürzeln überlegt hat – sie nennen sich ‚Team Reiyer‘. Für uns ist dieses Gemeinschaftsgefühl ganz entscheidend, denn dadurch ist es auch für alle in Ordnung, wenn etwas mal länger dauert oder wenn es bei uns in der Klasse lauter wird.“

### Der Klassenraum unterstützt das Lernkonzept

Zu diesem Wohlgefühl trägt sicherlich auch der knallbunte Klassenraum bei, den die Schüler\*innen selbst gestaltet haben. „Das hat für uns gar nicht so viel mit dem Thema Inklusion zu tun, sondern mehr mit dem Verständnis, dass Kinder einen schönen Lernraum brauchen, wo sie angenehm arbeiten und sitzen



Jeanette Mayer-Lazarek gehört seit fast drei Jahren zum Inklusionsteam des Geschwister-Scholl-Gymnasiums.

können. Wie an anderen Schulen auch, sind viele Klassenräume am GSG funktional eingerichtet. Das wollten wir ändern.“ Mit Erfolg: Das Klassenzimmer ist ein fröhlich-bunter Ort, es gibt eine Menge Entwicklungsmaterial, das in der freien Lernzeit, die zwei Mal pro Woche stattfindet, genutzt werden kann. Ein Beispiel dafür sind die Legosteine: Steckt man diese zusammen, ergeben sie die unregelmäßigen englischen Verben. Dass die Kinder daran mehr Spaß haben als an einer stupiden Leseliste, liegt auf der Hand. „Ein weiterer Baustein war, dass wir mit Unterstützung des Hausmeisters die Tafel an die breite Wandseite des Raums montiert haben und daraufhin durch eine neue



Die 7 b besteht aus 22 Kindern, die fest zusammenhalten und sich gegenseitig unterstützen. Fotos: A. Etges



Sitzordnung die Distanz zur Tafel verringern konnten. Wir setzen zudem verstärkt auf neue Medien wie das Whiteboard, damit erreichen wir die Kinder gut. Außerdem haben wir die „Sonnenblume“ angeschafft: Dabei handelt es sich um 13 kleine, sehr leichte Lederhocker, die zusammenstellt eine Sonnenblume ergeben. Die Schüler\*innen können diese mit auf den Flur oder in den zweiten Klassenraum nehmen und



Lehren im Team: David Reifenrath leitet die 7 b gemeinsam mit seiner Kollegin Jeanette Mayer-Lazarek.

sich dort eine flexible Lernecke einrichten. Und natürlich gibt es auch einige reizarme Bereiche im Klassenraum, in die sich Schüler\*innen zurückziehen können, wenn es ihnen zu viel wird. Bei allem zählt: Man muss sich einfach trauen und auch Wege beschreiten, die man noch nicht kennt.“

### **Bindung zu den Kindern steht für die Lehrkräfte an erster Stelle**

Das Beispiel der 7 b zeigt, wie Gemeinsames Lernen gelingen kann. Doch natürlich gibt es auch Dinge, die mal nicht so laufen: „Es gibt Unterrichtsstunden, in denen einfach gar nichts geht – beispielsweise, wenn es einen großen

Konflikt gibt. Bevor es dann weitergehen kann, müssen wir das erst mal klären.“ Für Jeanette Mayer-Lazarek und David Reifenrath liegt die größte Herausforderung jedoch in der engen Bindung zu den Kindern: „Wir investieren viel und da ist die menschliche Bindung, die weit über das Lernen hinausgeht, nicht zu unterschätzen. Wir sind einfach sehr nah dran. Bei den Inklusionskindern sind wir in ständigem Kontakt zu den Eltern. Das macht es nicht immer einfach, um 16 Uhr nach Hause zu gehen und in den eigenen Alltag zu switchen. Es kann auch mal sein, dass man nach Konfliktsituationen abends die Eltern noch anruft und nachfragt, ob alles in Ordnung ist.“ Für beide ist es deshalb unvorstellbar, die Klassenleitung allein zu führen: „Wir telefonieren oft nach Unterrichtschluss, sprechen über Situationen oder bereiten eben zusammen vor. Keiner kennt die Klasse so gut wie wir, deshalb ist dieser Austausch unglaublich wertvoll und unerlässlich für uns. Auch die Unterstützung durch die Sonderpädagog\*innen ist wichtig für uns, wir haben ja ‚nur‘ auf Gymnasiallehramt studiert und keine sonderpädagogische Ausbildung. Zudem gibt es an der Schule auch ein Beratungsteam aus Sonder- und Sozialpädagog\*innen, die man beispielsweise auch für Elterngespräche heranziehen kann.“

### **Mut und neue Wege führen am GSG zu gelingender Inklusion**

Auf die Frage, was das entscheidende Kriterium für gelingende Inklusion ist, antwortet Jeanette Mayer-Lazarek: „Dass sich die Lehrer\*innen trauen, auch ungewöhnliche und noch nicht betretene Wege zu gehen – das ist in meinen Augen der Schlüssel. Außerdem ist es entscheidend, im Team zusammenzuarbeiten. Ich habe oft Stunden, die nicht funktionieren, dann muss



Die Sitzhocker sind leicht beweglich und ermöglichen den Schüler\*innen viel Flexibilität im Klassenraum – und auf dem Flur.

ich es eben nächstes Mal anders machen. Wichtig ist es, die Kinder als Kinder zu betrachten, dann kann man mit Mut und viel Einsatz ganz viel erreichen.“ //



**GEW NRW: Themenseite „Inklusion“**  
www.gew-nrw.de/inklusion



**Geschwister-Scholl-Gymnasium in Pulheim**  
www.gsg.intercoaster.de



**Prof. Dr. Anne Ratzki: Eine gute Alternative für NRW (in nds 8-2018)**  
www.tinyurl.com/zwei-saeulen-modell



**Denise Heidenreich**  
freie Journalistin



Mut zur Farbe: Damit sich die Schüler\*innen in ihrem Klassenraum richtig wohlfühlen, haben sie ihn selbst gestaltet.



Ausbildungs- und Prüfungsordnung Sekundarstufe I wird novelliert

## Die Folgen der G9-Reform

Mit einer Schulgesetzänderung hat die Landesregierung die Schulzeit am Gymnasium neu geregelt: zurück zu G9 – zumindest überwiegend. Jetzt müssen schulfachliche Änderungen in der Ausbildungs- und Prüfungsordnung, den Richtlinien und den Lehrplänen folgen. Den Anfang macht die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für alle Schulen der Sekundarstufe I (APO-SI).

Leider konnte die Landesregierung durchsetzen, dass Gymnasien mit unterschiedlich langen Bildungsgängen möglich werden. Diese grundsätzlich falsche schulpolitische Weichenstellung findet nun Eingang in die Ausbildungs- und Prüfungsordnung. Nicht zuletzt wegen der vermutlich sehr geringen Zahl von G8-Gymnasien sind andere Vorhaben bei der anstehenden Novellierung von größerem Interesse, da sie die Mehrzahl der Schulen der Sekundarstufe I betreffen. Viele davon sind positiv zu bewerten.

Dies gilt vor allem für Regelungen, die die bisherige Sonderstellung der Gymnasien mit fünfjähriger Sekundarstufe I beenden, das Verhältnis der Schulformen zueinander neu justieren und die Durchlässigkeit erhöhen. So ist für Schüler\*innen von Haupt- und Realschulen bei festgestellter Eignung aufgrund der Verschiebung des Beginns der zweiten Fremdsprache der Übergang in die Klasse 7 eines Gymnasiums wieder möglich. Zudem wird die Orientierungsstufe in der Sekundarstufe I erneut rechtlich einheitlich geregelt. Dabei wird den Erfordernissen der Schulen des längeren gemeinsamen Lernens besser entsprochen als derzeit. Die Zentralen Abschlussprüfungen in der Sekundarstufe I werden künftig in allen Schulformen durchgeführt.

### Fächerkanon: Kein Platz für Ideologie

Bei den Regelungen der neuen APO-SI zu einzelnen Fächern an allen Schulformen besteht die Gefahr, dass die Landesregierung falsche, ideologisch begründete Entscheidungen trifft.

Ein Fach „Wirtschaft“ lehnt die GEW NRW ab, denn seine Inhalte werden bereits durch andere Geisteswissenschaften abgedeckt. Insbesondere Geschichte und Politik müssen gestärkt werden, weil sie für die Ausbildung des Demokratieverständnisses entscheidend sind.

Das Fach „Informatik“ sollte – schon im Sinne der Durchlässigkeit – für alle Schulformen verbindlich eingeführt werden.

### Was ändert sich in den verschiedenen Schulformen?

Beim Hauptschulbildungsgang an Realschulen soll der Anteil des Unterrichts in äußerer Differenzierung von einem Drittel auf die Hälfte erhöht werden können. Aus Sicht der GEW NRW ist das problematisch, da ein weitgehend binnendifferenziertes Lernen in heterogenen Lerngruppen förderlicher ist als ein äußerlich differenziertes.

Die Stundentafeln für Realschule und Aufbaurealschule entsprechen im Umfang denen des Gymnasiums. Dies bewertet die Bildungsgewerkschaft positiv. Die Einführung von Französisch als zweite Fremdsprache in Klasse 7

entspricht dem Wunsch vieler Kolleg\*innen, die Fremdsprachenunterricht erteilen. Die Verteilung der drei freiwerdenden Stunden auf zwei Stunden im Wahlpflichtbereich und eine Stunde für Ergänzungsunterricht ist sinnvoll.

Für die optionale Einrichtung von Profilklassen an Gymnasien wäre eine landesweit einheitliche Regelung wünschenswert. Bei der vorgesehenen Lösung liegt die Last bei der einzelnen Schule, die wieder ein neues Konzept für Profilklassen erarbeiten muss.

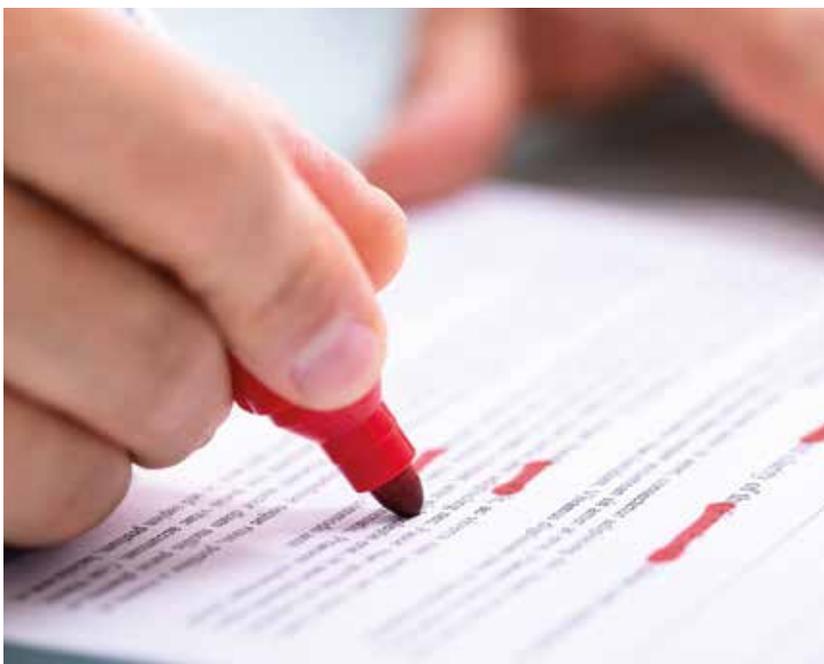
Die unflexible Festlegung der Kontingente der 180 Kernstunden im G9-Gymnasium sieht die GEW NRW mit Sorge. Diese Festlegung gefährdet die vorhandenen Schulprofile! Acht Ergänzungsstunden reichen nicht aus, um der Unterschiedlichkeit der Arbeit an den Gymnasien gerecht zu werden. Außerdem gefährdet eine große Ausschöpfung der Ergänzungsstunden die zusätzliche Förderung von Schüler\*innen im Gymnasium, die immer wichtiger wird. Besser wäre eine Flexibilisierung der Stundentafel, die geringe Schwankungen der Kontingente ermöglicht. //



**GEW NRW: Stellungnahme zur Änderung der APO-SI (nur für Mitglieder nach Log-in)**  
[www.gew-nrw.de/online-archiv](http://www.gew-nrw.de/online-archiv)  
 (Webcode: 236670)



**Michael Schulte**  
 Geschäftsführer der GEW NRW



Für bessere Arbeitsbedingungen an Grundschulen

## Der Masterplan muss liefern!

**Für Anfang 2019 hat das Schulministerium einen Masterplan für die Grundschulen in NRW angekündigt, um die Bildungsqualität in der Primarstufe zu stärken. Doch mit schlechten Arbeitsbedingungen wird das nicht funktionieren. Was sich für die Kolleg\*innen an Grundschulen verbessern muss, erklärt Susanne Huppke von der Fachgruppe Grundschule der GEW NRW.**

### **nds: Was belastet die Kolleg\*innen an Grundschulen am meisten?**

**Susanne Huppke:** Die Zahl der Pflichtstunden ist zu hoch. Viele Aufgaben sind in den letzten Jahren hinzugekommen, von der Umsetzung der Inklusion über Dokumentationspflichten bis zur Digitalisierung. Besonders problematisch ist, dass es an Grundschulen praktisch keine Anrechnungsstunden gibt. Wenn der Lehrerrat und die Ansprechpartnerin für Gleichstellungsfragen ihre gesetzlichen Ansprüche auf angemessene Entlastung geltend machen, bleiben keine Stunden übrig, um unterrichtliche Belastungen oder außerunterrichtliche Aufgaben auszugleichen.

Kolleg\*innen in Teilzeit engagieren sich häufig überproportional bei außerunterrichtlichen Aufgaben. Eine faire Entlastung erfordert deshalb auch für diese Gruppe zusätzliche Anrechnungsstunden. Die Belastungsgrenze ist bei Teilzeitkräften ebenso wie bei Vollzeitkräften erreicht.

### **Mehr Anrechnungsstunden – ausgerechnet in Zeiten des Lehrkräftemangels?**

Der Lehrkräftemangel verschlechtert die Arbeitssituation für Kolleg\*innen sogar weiter. Unbefristete Stellen können oft nur noch mit Seiteneinsteiger\*innen besetzt werden. Das bedeutet mehr Arbeit für grundständig Ausgebildete, die die Neuen einarbeiten und qualifizieren.

Werden Kolleg\*innen mit anderem Lehramt eingestellt, verlassen sie in der Regel die Grundschule nach der Einarbeitung wieder. Können

Stellen nur mit befristet Beschäftigten besetzt werden, sieht es noch schlechter aus, denn für die befristete Einstellung sind die Anforderungen an die fachliche Qualifikation sehr vage. Zahlreiche Personen arbeiten so auch langfristig als Lehrkraft ohne je eine Ausbildung zu erhalten. Die Verantwortung für ihren Einsatz trägt die Schulleitung. Sie kann wählen: die Stelle nicht besetzen und Mehrarbeit anordnen oder sie besetzen und dem Kollegium zusätzlich die Einarbeitung auferlegen.

### **Also muss der angekündigte Masterplan vor allem etwas gegen den Lehrkräftemangel tun.**

Genau, denn er vertieft die soziale Spaltung an Grundschulen in NRW. Ein Masterplan Grundschule muss dazu beitragen, vergleichbare Lern- und Lehrbedingungen wiederherzustellen. Die GEW fordert Notmaßnahmen gegen den Lehrkräftemangel: Vor allem brauchen wir zusätzliche Studienplätze und die Möglichkeit, das Lehramt berufsbegleitend unter Einbeziehung von Studienanteilen zu erwerben. Das schulscharfe Einstellungsverfahren muss für einen befristeten Zeitraum zugunsten eines landesweiten Listenverfahrens ausgesetzt werden. Bei der Stellenvergabe sind die Schulen mit den höchsten Bedarfen gemäß Sozialindex und der stärksten Unterversorgung vorrangig zu berücksichtigen. Die Arbeit an unterbesetzten Schulen muss attraktiver gemacht werden durch Zuschläge, zusätzliches Personal, bessere Ausstattung und kleine Klassen.

### **Welche Bedingungen braucht die Inklusion?**

Unter den aktuellen Arbeitsbedingungen erleben viele Kolleg\*innen Inklusion als zusätzliche Belastung. Da ein sonderpädagogischer Förderbedarf im Bereich „Lernen, emotionale und soziale Entwicklung und Sprache“ (LES) bei der Einschulung oft noch nicht geklärt werden kann, muss insbesondere die Schuleingangsphase personell sehr gut ausgestattet werden. Die GEW NRW erwartet, dass alle Grundschulen eine bedarfsgerechte Stellenzuweisung von Sonderpädagog\*innen erhalten, die auch Kinder mit einem vermuteten sonderpädagogischen Förderbedarf einbezieht. Der Einsatz von sozialpädagogischen Fachkräften an Grundschulen darf nicht mit dem Bedarf an sonderpädagogischen Lehrkräften verrechnet werden.

### **Wie kann der Masterplan ein Zeichen für Wertschätzung für die Arbeit an Grundschulen setzen?**

Überfällig ist die faire Bezahlung nach A 13 Z/EG 13 für alle Lehrkräfte an Grundschulen. Darüber hinaus sind weitere Verbesserungen im Besoldungsgefüge notwendig, zum Beispiel für Fachleiter\*innen, Schulleiter\*innen, Konrektor\*innen, Sozialpädagogische Fachkräfte, Lehrkräfte im Herkunftssprachlichen Unterricht und Fachlehrer\*innen.

Außerdem sollte die Qualitätsanalyse mindestens für die Zeit des Lehrkräftemangels ausgesetzt werden, denn sie erzeugt einen hohen Arbeitsaufwand. //

*Die Fragen stellte Anja Heifel-Rohden.*



**Susanne Huppke: Grundschulen in NRW warten auf den Masterplan. Schulministerium will die Qualität der Grundschulbildung stärken**

[www.tinyurl.com/masterplan-gs-bildung](http://www.tinyurl.com/masterplan-gs-bildung)

An aerial photograph of a massive crowd of people, likely at a public event or protest, filling the entire frame. The people are densely packed, and their heads and shoulders are visible from above, creating a colorful mosaic of colors.

# nds

DIE ZEITSCHRIFT DER BILDUNGSGEWERKSCHAFT

JANUAR 2019

BLICKPUNKT \*

**Gemeinsam mehr erreichen:**

**Tarifrunde 2019**

Tarifrunde 2019 im öffentlichen Dienst

# Worum geht's hier eigentlich?



In der Tarifrunde kämpft die GEW für fast 400.00 Beschäftigte in NRW.

40.353

tarifbeschäftigte Lehrer\*innen

146.502

Hochschulbeschäftigte in Wissenschaft, Forschung und Verwaltung

155.290

verbeamtete Lehrer\*innen, denn auf ihre Besoldung wird das Tarifergebnis übertragen.



37.723

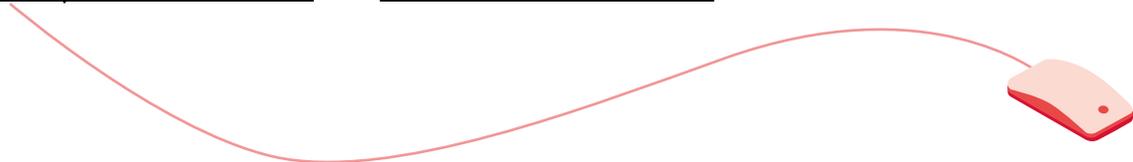
Studentische und Wissenschaftliche Hilfskräfte an Universitäten und Fachhochschulen. Sie sind bis jetzt vom Tarifvertrag ausgeschlossen. Die GEW fordert: Das muss sich ändern!

Auf dem Laufenden bleiben!

[www.gew-nrw.de/tarifrunde-2019](http://www.gew-nrw.de/tarifrunde-2019)

Noch mehr Hintergrundwissen:

[wir-sind-es-wert.verdi.de](http://wir-sind-es-wert.verdi.de)



21. Januar 2019

ERSTE VERHANDLUNGSRUNDE



6. bis 7. Februar 2019

ZWEITE VERHANDLUNGSRUNDE



28. Februar bis 1. März 2019

DRITTE VERHANDLUNGSRUNDE

# Die Gewerkschaften fordern ...

- ... sechs Prozent mehr Gehalt!
- ... mindestens 200,- Euro mehr Gehalt pro Monat!
- ... eine zwölfmonatige Laufzeit der Entgelttabellen!
- ... eine verbesserte Eingruppierung angestellter Lehrkräfte!
- ... Verbesserungen für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst!
- ... die Paralleltabelle für tarifbeschäftigte Lehrkräfte!

## Paralleltabelle – was ist das?

Um den TV-L zu verbessern und sicherzustellen, dass angestellte Lehrer\*innen besser und gerecht bezahlt werden, fordert die GEW die Paralleltabelle. Sie ordnet die Entgeltgruppen (EG) der Tarifbeschäftigten den numerisch gleichen Besoldungsgruppen (A) der Beamt\*innen zu. Der Weg zur Paralleltabelle führt über die Angleichungszulage, die derzeit 30,- Euro beträgt. Deshalb kämpft die GEW in der Tarifrunde 2019 für ihre Erhöhung.

So ist es jetzt:	Das will die GEW:
A 10 = EG 09	A 10 = EG 10
A 11 = EG 10	A 11 = EG 11
A 12 = EG 11	A 12 = EG 12

## TV EntgO-L endlich korrigieren!

In der Tarifrunde geht es den Gewerkschaften nicht allein um höhere Einkommen. Es ist auch höchste Zeit, dass Fehler des Tarifvertrags über die Eingruppierung der Lehrer\*innen (TV EntgO-L) endlich korrigiert werden! Befördert werden und nachher weniger in der Tasche haben? Damit das nicht so bleibt, wollen wir die stufengleiche Höhergruppierung durchsetzen. Zudem fordern wir Verbesserungen für einzelne Beschäftigtengruppen, zum Beispiel für Werkstatt- und Fachlehrer\*innen an Berufskollegs.

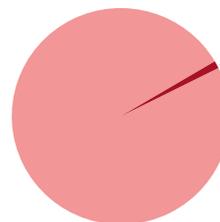
## 1,32 Prozent sind nicht genug!

NRW-Landeshaushalt 2019: **16,3 Milliarden Euro**

Gesamtpersonalkosten  
im Schulbereich

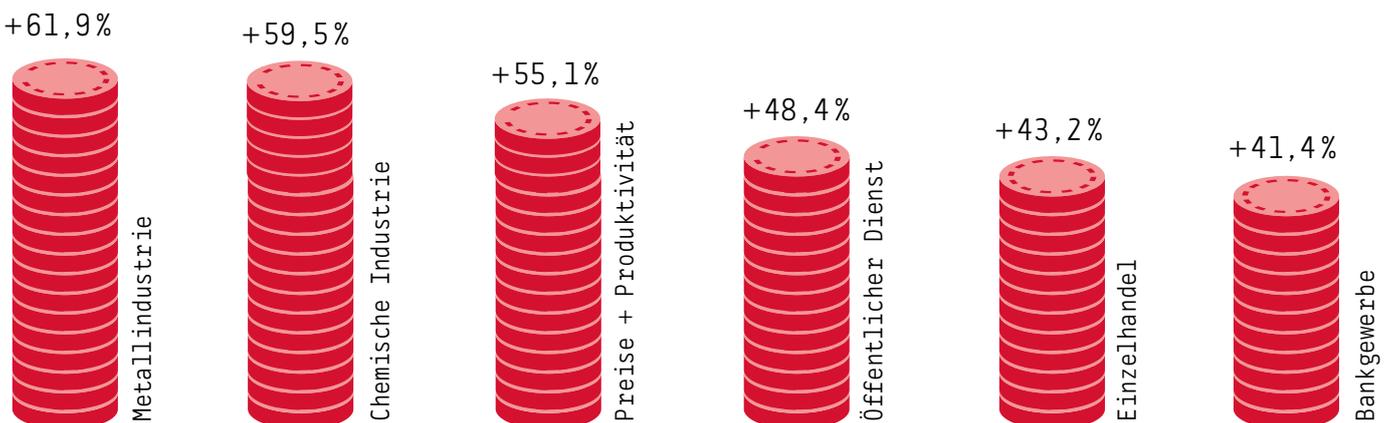
**215 Millionen Euro**

Vorsorge für die  
Besoldungs-  
und Tariferhöhung



## Im öffentlichen Dienst ist noch Luft nach oben!

Tarifentwicklung seit 2000 im Branchenvergleich





Gewerkschafter\*innen denken im „Wir“

## Der Arbeitskampf hat viele Gesichter

Foto: Rawpixel.com / Fotolia

**Die Tarifrunde 2019 geht in die heiße Phase: Jetzt sind Gewerkschafter\*innen gefragt, sich für die berechtigten Forderungen stark zu machen. Wofür sie in diesem Jahr kämpfen und warum sie zum Streik bereit wären, erklären die Tarifikämpfer\*innen Antje Adu, Stefan Schüller und Birgit Feldmann im Interview.**

**nds: Wofür kämpft ihr in der Tarifrunde 2019?**

**Antje Adu:** Ich kämpfe für meine Berufsgruppe. Für eine Verbesserung der Bezahlung im Sozial- und Erziehungsdienst. Konkret bedeutet das, dass neben einer prozentualen Erhöhung auch die Werte der Entgelt- und Eingruppierungsstruktur des Tarifvertrags für den Öffentlichen Dienst (TVöD) für den Tarifvertrag der Länder (TV-L) übernommen werden müssen. Die Tabellenwerte des TV-L liegen inzwischen hinter denen des TVöD, der in der Tarifrunde 2018 erfolgreich verbessert wurde. Ebenso ist es für mich selbstverständlich, dass ich nicht nur die eigenen, sondern auch die Interessen aller Beschäftigten vertrete: von den Lehrer\*innen, die Herkunftssprachlichen Unterricht geben, über die ungleich bezahlten Lehrkräfte in der Sekundarstufe I bis hin zu den Beschäftigten der Hochschulen. In einer Tarifrunde gibt es die verschiedensten Interessensgruppen, die ohne die Solidarität untereinander zerfasern würden und nichts erreichen. Als Gewerkschafterin denke ich nicht im „Ich“ sondern im „Wir“.

**Stefan Schüller:** In der Tarifrunde 2019 muss es im Kern darum gehen, die existierenden Lohnlücken nach oben hin zu schließen. Das betrifft zum einen die Lücke zwischen verbeamteten und tarifbeschäftigten Lehrer\*innen – und hier vor allem die angestellten Lehrer\*innen in der Sekundarstufe I und in der Grundschule – zum anderen geht es um den Lohnunterschied im öffentlichen Dienst zwischen Angestellten des

Bundes und der Kommunen sowie den Beschäftigten der Bundesländer. Gleichwertige Arbeit muss in jeder Branche auch gleich entlohnt werden!

**Birgit Feldmann:** Mir liegen naturgemäß die befristet Beschäftigten und die wissenschaftlich Beschäftigten an Hochschulen und Forschungseinrichtungen besonders am Herzen. Nicht nur in dieser, auch schon in den vorigen Tarifrunden. Als Beschäftigte an einer Hochschule mit einem Ordner voller befristeter Verträge unterschiedlichster Art kann ich die Sorgen und Nöte meiner Kolleg\*innen sehr gut nachvollziehen. Für uns wäre es zudem ein wichtiger Schritt, die große Gruppe unserer wissenschaftlichen Hilfskräfte und die Gruppe der Lehrkräfte für besondere Aufgaben tariflich abzusichern. Auch die bestehende Ungleichheit der Besoldung an Fachhochschulen und Universitäten von Kolleg\*innen mit gleicher Ausbildung und gleicher Tätigkeit muss perspektivisch beseitigt werden.

**Warum ist es also so wichtig, für die Tarifforderungen auf die Straße zu gehen? Wen nehmt ihr mit zum Streik?**

**Stefan:** Die konkreten Tarifforderungen sind zwar oft sehr sperrig formuliert, dennoch ist es wichtig, für sie auf die Straße zu gehen, weil ihre Umsetzung konkrete Verbesserungen für alle bedeutet. Je mehr Kolleg\*innen dabei sind, desto größer wird der Druck auf die Arbeitgeber. Genauso wichtig wie die Streikbeteiligung ist

es, die Forderungen auch anderweitig in die Öffentlichkeit zu transportieren. Ohne dabei zu indoktrinieren, kann man dies auch in der Schule tun. Zum Lehrer\*innenstreik habe ich daher ein Rätsel als „Mystery“ für den Einsatz im Unterricht erstellt. Ich finde es darüber hinaus wichtig, dass die verbeamteten Kolleg\*innen nicht nur keinen Unterricht vertreten, sondern sich auch aktiv mit uns Angestellten solidarisieren, zum Beispiel durch Unterrichtsexkursionen zu den Streiks.

**Antje:** Ja, auch nicht organisierte Kolleg\*innen sollten streiken und Beamt\*innen, die zu den Streikzeiten unterrichtsfrei haben, können demonstrieren und sich solidarisch zeigen. Ich höre oft: Was hat denn die Gewerkschaft bisher für mich erreicht? Die Gewerkschaft, das sind wir. Wir haben mit dem Streikrecht die arbeitsrechtlich verbriefte Möglichkeit, unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen und jede\*r sollte davon Gebrauch machen. Ich bin zum Beispiel im Ortsverband Castrop-Rauxel. Dort werden wir ein Streikcafé organisieren und zusammen mit den streikenden Angestellten und solidarischen Beamt\*innen zur Demo fahren.

Wir wissen, dass gute Ergebnisse nicht ausschließlich durch die Einsicht der Arbeitgeber zustandekommen, sondern auch durch Streik. So zeigen wir Flagge: Wir sind nicht einverstanden, unter den gegebenen Bedingungen weiterzuarbeiten und auch nicht damit, die Bedingungen vom Arbeitgeber einseitig diktiert zu bekommen. Wir wollen verhandeln und unsere berechtigten Forderungen in unseren Arbeitsbedingungen wiederfinden. Ohne die Streikunterstützung haben die Verhandlungsführer\*innen die Drohwirkung zahnloser Tiger.

**Birgit:** Deshalb müssen Tarifforderungen von Menschen unterstützt und durchgesetzt werden. Damit wir von der Öffentlichkeit und vom Arbeitgeber gesehen werden, ist es zwingend notwendig, sich auf der Straße zu zeigen. Ohne Präsenz nimmt uns niemand wahr, geschweige denn ernst. Deshalb werde ich mit meinen Kolleg\*innen aus dem Stadtverband, aus der Fachgruppe Hochschule und Forschung der GEW NRW und natürlich dem Ausschuss für Tarifpolitik auf die Straße gehen.

**Was würdet ihr denjenigen sagen, die noch nie gestreikt habe oder sich an anderen Aktionen der GEW beteiligt haben? Warum sollten sie in dieser Tarifrunde dabei sein?**

**Stefan:** Ich verliere als Gewerkschafter\*in nichts, wenn ich streiken gehe. Der Verdienstausfall wird ersetzt, dazu bekomme ich noch leckere Streikbrötchen und kann mit meinen Kolleg\*innen Kaffchen trinken. Nein, mal im Ernst: Wir nehmen mittlerweile viele unserer Rechte selbstverständlich. Wer streikt, wirkt dem entgegen, macht von einem elementaren Grundrecht Gebrauch und füllt dieses mit Leben. Außerdem muss der öffentliche Dienst wieder zu einer Lokomotive für ein höheres Lohnniveau und bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in allen Branchen werden.

**Antje:** Grundsätzlich sollte jede\*r in jeder Tarifrunde streiken. Dieses Mal jedoch besonders, denn die Staatskassen sind gut gefüllt. Der gravierende Fachkräftemangel ist groß – besonders bei Lehrer\*innen an Grundschulen, in der Sekundarstufe I, bei Sonderpädagog\*innen sowie Sozialpädagogischen Fachkräften. Viele

Bundesländer vergüten inzwischen besser als das Land NRW. Sollen die Arbeitsverhältnisse an Schulen in NRW auch in Zukunft noch attraktiv sein, muss dringend nachgebessert werden. Das bedeutet, der Arbeitgeber steht unter Druck: Wenn wir eine bessere Bezahlung fordern, dürfen wir nicht allein auf den guten Willen der Arbeitgeber hoffen und vertrauen.

**Birgit:** Tarifrunden sind die Gelegenheit, sich zu zeigen: Passiv dabei zu sein, überzeugt Arbeitgeber nicht. Die wollen Zahlen sehen. Bleibt nicht zuhause, schließt euch an! Auch kleine Aktionen können einiges bewirken, also macht mit! Selbst wenn ihr denkt „Ach, für mich ist ja eh nix dabei...“, ist eine Tarifrunde immer eine gute Gelegenheit, Diskussionen in Gang zu bringen, miteinander ins Gespräch zu kommen und dadurch etwas zu bewegen. Eine Gewerkschaft ist eine Solidargemeinschaft, dazu gehört auch, mal für andere mitzulaufen.

**Was wünschst du dir für deinen Arbeitsbereich auch über die nächste Tarifrunde hinaus?**

**Antje:** Dauerhaft ist die Eingruppierung in die EG 11 anzustreben, da Sozialpädagogische Fachkräfte heute ein immenses Spektrum an Aufgaben zu bewältigen haben und eine besondere Schwere der Tätigkeit vorliegt. Außerhalb der Tarifverhandlungen erwarte ich die Schaffung von Beförderungstellen, da vermehrt Masterabsolvent\*innen in den Schuldienst eintreten werden. Kolleg\*innen mit hochqualifizierten Zusatzausbildungen und speziellen Kompetenzen müssen Aufstiegschancen eröffnet werden und multiprofessionelle Teams müssen in Zukunft auf allen Ebenen vertreten sein.

**Birgit:** Tarifarbeit ist ein Teil von Gewerkschaftsarbeit, Gewerkschaften sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Gewerkschaften leben von ihren Mitgliedern. Ich selbst stamme aus einer Arbeiter\*innenfamilie mit langer gewerkschaftlicher Tradition und bin auf der einen Seite damit aufgewachsen, eine loyale Haltung dem Arbeitgeber gegenüber zu entwickeln, aber auch, für eigene Rechte einzutreten und diese einzufordern. Erstaunt habe ich während meines akademischen Arbeitslebens festgestellt, dass gerade Akademiker\*innen nicht selbstverständlich an gewerkschaftlicher Arbeit interessiert sind. Daher wünsche ich mir natürlich, dass unsere Mitgliederzahl in diesem Bereich ordentlich ansteigt. Damit das so ist, sind Vorbilder unbedingt wichtig.

**Stefan:** Im gesamten Bildungsbereich, von der Kita bis zur Volkshochschule, muss die Arbeitsbelastung gesenkt werden. Es müssen vielmehr neue Kolleg\*innen eingestellt beziehungsweise deren Verträge entfristet werden. Die Privatisierung im Bildungsbereich muss zurückgedrängt werden. Wer Visionen hat wie Weltfrieden, sollte nicht zum Arzt geschickt werden, sondern Arzt werden können und in einem gerechten, inklusiven Bildungssystem entsprechend gefördert werden. //

*Die Fragen stellte Jessica Küppers.*



**GEW NRW: Mischa Meier – Tarifverhandlungen sind kein Selbstläufer**

[www.tinyurl.com/tarif-kein-selbstlaeuer](http://www.tinyurl.com/tarif-kein-selbstlaeuer)



**GEW NRW: Iris Linz – Nur wer fordert, hat eine Chance auf Verbesserung**

[www.tinyurl.com/chance-auf-verbesserung](http://www.tinyurl.com/chance-auf-verbesserung)



*Birgit Feldmann ist Personalrätin der wissenschaftlich und künstlerisch Beschäftigten an der FernUni Hagen.*



*Stefan Schüller ist tarifbeschäftigter Lehrer am Herder Gymnasium in Köln-Mülheim.*



*Antje Adu ist Personalrätin für Lehrkräfte an Gesamtschulen in Münster. Fotos: privat*

# Welchen Spielraum haben Schulleitungen an Streiktagen?



Foto: iStock.com / Rawpixel

**Dass angestellte Kolleg\*innen an Streiktagen nicht zum Unterricht kommen, ist für Schulleitungen keine große Überraschung: Die Termine sind vorher bekannt. Da der Arbeitskampf den Schulbetrieb trotzdem ganz schön auf den Kopf stellen kann, sollten Schulleiter\*innen ihre Rechte und Pflichten genau kennen.**

Als Schulleiter\*in befindet man sich gleich mehrfach in einem Dilemma: Natürlich kann ein Streik nur spürbar und damit wirksam werden, wenn Unterricht tatsächlich nicht erteilt wird. Eine Wirksamkeit des Streiks ist im Interesse aller Kolleg\*innen, da die in den Tarifabschlüssen erzielten Gehaltserhöhungen in der Regel auf die Beamt\*innen übertragen werden. Insofern streiken die Angestellten auch stellvertretend für alle Lehrer\*innen. Beamtete Lehrkräfte dürfen grundsätzlich nicht als Streikbrecher\*innen verpflichtet werden, das heißt, sie können nicht zu Vertretungsunterricht für streikende Kolleg\*innen herangezogen werden. Das hat das Bundesverfassungsgericht bereits 1993 so entschieden. Gegen eine solche Anordnung von Schulleitungsseite kann also jede\*r verbeamtete Kolleg\*in umgehend demonstrieren. Das gilt natürlich auch für Schulleiter\*innen, wenn sie eine entsprechende Aufforderung von Seiten der Schulaufsicht erhalten.

## Rechtliche Vorgaben für Schulleiter\*innen an Streiktagen

Die Schulleitung ist per Gesetz verpflichtet, den Unterricht zu sichern. Sie darf Schüler\*innen nicht unbeaufsichtigt lassen oder früher nach Hause schicken, da sie der Aufsichtspflicht gerecht werden muss. Zudem müssen Schulleiter\*innen der Schulaufsicht auf Nachfrage die Namen der Streikenden melden. Es ist notwendig, auch die Zahl der ausgefallenen Stunden unter Berücksichtigung

des Unterrichtszeitmodells zu erfassen, damit die personalführende Stelle die entsprechende Änderungsmitteilung zur Anpassung der Bezüge an das Landesamt für Besoldung und Versorgung senden kann. Außerdem muss die Schulleitung eine kurze Einschätzung der Auswirkungen auf den Schulbetrieb abgeben.

## Informieren und für Verständnis werben als Zeichen der Solidarität

Da die Tarifabschlüsse allen Beschäftigten zugutekommen und der Arbeitskampf ein probates und rechtlich zugesichertes Mittel zur Durchsetzung von Interessen ist, sollten die Schulleitung und die verbeamteten Kolleg\*innen den Streik und die Streikenden unterstützen. Es ist richtig, sich mit ihnen solidarisieren. Die Schulöffentlichkeit sollte gut informiert sein und um Verständnis geworben werden. Ein Streik kann den Schulbetrieb ganz schön durcheinanderwirbeln – neben dem Unterricht entfallen mitunter Beratungsgespräche mit Eltern, Konferenzen und andere Veranstaltungen. Aber nur dadurch wird er wahrnehmbar und kann wirken.

Um den Streik in der Schule sichtbar zu machen, können die Streikenden sich zum Beispiel morgens erst in der Schule treffen und gemeinsam zum Streikbüro und zur Kundgebung fahren. Infostände in der Schule helfen, über Forderungen und damit über die Missstände zu informieren, die vielen Eltern und Schüler\*innen gar nicht bekannt sind. Letztlich ist das auch ein guter Anlass, um mit Schüler\*innen über dieses

Thema ins Gespräch zu kommen – möglicherweise ist es sogar in den Unterricht integrierbar.

Eins geht allerdings nicht: Verbeamtete Lehrer\*innen dürfen nicht mitstreiken. Das hat das Bundesverfassungsgericht im Juni 2018 in einem Urteil klargestellt. Beamt\*innen dürfen aber an Streikveranstaltungen teilnehmen, die außerhalb der Zeiten ihrer dienstlichen Verpflichtungen liegen, zum Beispiel an der Streikkundgebung, mit der jeder Streiktag endet. Auch ist es zulässig, in Absprache mit der Schulleitung den Unterricht zu verlegen.

Nicht vergessen werden sollte auch, dass Lehrer\*innen sich an Streiktagen oft in einer Zwickmühle zwischen Verpflichtung und Engagement gegenüber den Schüler\*innen und dem Kampf um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen befinden. Niemand macht sich einen freien Tag – für die Streikenden ist der Streiktag mit zusätzlichen Belastungen und viel Bürokratie verbunden und nicht gewerkschaftlich Organisierte verzichten sogar auf einen Teil ihres Gehalts. Nur wenn alle Beschäftigten mit Nachdruck für die geforderten Verbesserungen eintreten, wird die Tarifrunde in ihrem Sinne erfolgreich sein. //



**Ute Lorenz: Beamt\*innen und Tarifrunde: Was geht uns der Streik an?**  
[www.tinyurl.com/tarifrunde-beamtinnen](http://www.tinyurl.com/tarifrunde-beamtinnen)



**Denise Diehl**

Schulleiterin am Hermann-Emanuel-Berufskolleg des Kreises Steinfurt

Hinter den Kulissen des Stadtverbands Krefeld

# Die GEW vor Ort ist startklar

Die GEW Krefeld steht in den Startlöchern für die Tarifrunde 2019: Aktionen werden geplant, Treffen koordiniert und Absprachen getroffen. Doch was machen die Tarifikämpfer\*innen vor Ort eigentlich genau? Im Interview erklärt Philipp Einfalt, Vorsitzender der GEW Krefeld, was hinter den Kulissen passiert.

**nds: Die Tarifrunde 2019 läuft: Wie bereitet ihr euch als Untergliederung darauf vor?**

**Philipp Einfalt:** Neben den (Teil-)Personalversammlungen, die schulformübergreifend oder spezifisch für einige Bereiche angedacht sind, haben Untergliederungen schon früh begonnen, kreative Ideen zu sammeln. Die Arbeitgeberseite Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) wird sicher nicht nach einem einfachen Hinweis auf notwendige Verbesserungen im Tarifvertrag bereit sein, unsere Forderungen zu erfüllen. Streikcafés, hausinterne Versammlungen der tarifbeschäftigten Kolleg\*innen in den Schulen, Vorbereitung von Aktionen in den Verhandlungswochen – und letztendlich eine Bereitschaft zum Streik wecken – all das ist notwendig, wenn die Tarifrunde 2019 erfolgreich sein soll. Das ist immer eine arbeitsintensive, aber spannende und mehr noch sehr wichtige Zeit.

Die öffentlichen Kassen hatten bereits zur Jahresmitte einen Überschuss von mehr als acht Milliarden Euro, Geld ist also genug da. Deshalb muss sich auch unsere Landesregierung für eine Verbesserung des Tarifvertrags einsetzen. Gerade in Zeiten des Lehrkräftemangels gilt: „Beruf wertschätzen – Lehrkräfte gewinnen!“ Damit die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder Anschluss halten an die Lohnentwicklung in anderen Branchen, fordert die GEW eine Erhöhung der Entgelte um sechs Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. In der Tarifrunde soll neben einer Entgelterhöhung auch die

Weiterentwicklung der Entgeltordnung zum Tarifvertrag der Länder (TV-L) verhandelt werden.

**Wie geht die GEW Krefeld Schritt für Schritt vor?**

Für uns ist der erste Schritt, die Forderungen und die Termine zu diskutieren und daraus mit den Beschäftigten Ideen für Aktionen abzuleiten. Im zweiten Schritt setzen wir uns mit den umliegenden Untergliederungen in Verbindung, um Absprachen zu gemeinsamen Aktionen zu treffen und ein Vorgehen zu koordinieren. Denn nur zusammen sind wir stark!

Danach mobilisieren wir unsere Beschäftigten. Das funktioniert gut, wenn wir uns vor Ort vernetzen. Der klassische Weg über Vertrauensleute und Einladungen per Post ist möglich, erfahrungsgemäß funktioniert der Austausch über Messengerdienste aber auch schnell und effektiv. Telefonnummern werden meist nur über einen persönlichen Kontakt ausgetauscht. Wenn Kolleg\*innen wieder andere Kolleg\*innen motivieren, entsteht ein Schneeballsystem.

Im vierten Schritt treffen wir uns vor Ort, um die (Streik-)Aktionen genauer zu besprechen, gegebenenfalls Plakate zu gestalten und das Streikcafé zu organisieren. Nun muss noch die Pressearbeit gemacht werden und dann kann es losgehen: Entweder starten wir eine eigene Aktion oder wir treffen uns im Streikcafé, um die Listen zu unterschreiben und dann gemeinsam zur zentraleren Kundgebung zu reisen.

**Welche Aufgaben machen euch besonders viel Spaß?**

Die gesamte Vorbereitung macht Spaß, aber sie ist doch zumindest recht aufwendig und wir müssen viel Zeit investieren. Neben dem Job kann das auch belastend sein. Die größte Herausforderung ist es, unsere Mitglieder zum Mitmachen zu motivieren. Wir klären auch durch Öffentlichkeitsarbeit auf, dass Beschäftigte, die in ihrer Arbeitszeit viel Aufwand in den Beruf stecken und Überstunden leisten, in Tarifzeiten für eine bessere Ausgestaltung ihrer Arbeitsplätze, ihrer Arbeitsbedingungen, ihres Arbeitslebens – also für sich – kämpfen.

**Wie unterscheiden sich die Tätigkeiten je nach Tarifrunde?**

Vom Prinzip ist das Vorgehen bei allen Tarifrunden ähnlich. Unterschiedlich ist aber die Power, die Motivation und der Kampfgeist bei den unterschiedlichen Beschäftigungsgruppen. Hier sind unsere Mitarbeiter\*innen im Sozial- und Erziehungsdienst besonders herauszustellen!

Wünschenswert wäre, dass der Informationsfluss zu den Untergliederungen reibungslos funktioniert, sodass alle wissen, wer was zu erledigen hat. Zeitaufwendige zentrale Treffen müssen minimiert und eine elektronische Vorbereitung befeuert werden. Eine Cloud könnte eine gute Lösung sein, in der ein Coworking der Untergliederungen stattfände. //

*Die Fragen stellte Jessica Küppers.*



GEW Krefeld: Aktuelles aus dem Stadtverband  
www.gew-krefeld.de



# Wir erhöhen den Druck – mit dir!

Klar: Über unsere Forderungen für die Tarifrunde 2019 wird am Verhandlungstisch entschieden. Und trotzdem kommt es auf jede\*n Einzelne\*n an. Geht für eure Forderungen auf die Straße! Setzt ein Zeichen für den Wert eurer Arbeit! So stärkt ihr den Gewerkschafter\*innen am Verhandlungstisch den Rücken.



Wer sich als Zugpendler\*in am 10. Dezember 2018 geärgert hat, dass die Züge in ganz NRW morgens still standen und Zugausfälle und -verspätungen den übrigen Tag prägten, wird als Arbeitnehmer\*in oder Gewerkschafter\*in anerkennend gestaunt haben: So wirksam kann ein vierstündiger Warnstreik sein, wenn viele dem Streikaufruf folgen und die Streikenden an wichtigen Schalthebeln sitzen. Der Streik der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) hat seine Wirkung auf die Arbeitgeberseite nicht verfehlt. Inzwischen gibt es ein sehr gutes Verhandlungsergebnis zwischen der Deutschen Bahn (DB) und der EVG, die sich mit allen 37 Forderungen durchgesetzt hat und unter anderem erneut ein Wahlmodell „Geld oder Zeit“ vereinbaren konnte. Ein Beispiel, das Mut macht!

## Der Bildungssektor setzt ein Zeichen

Wenn die GEW im Rahmen der Tarifrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder die Kolleg\*innen an den Schulen und Hochschulen zum Streik aufruft, wird kein

Verkehrschao ausbrechen. Und doch wird klar werden, wie viel unsere Arbeit wert ist, wenn Unterricht ausfällt oder frühzeitig endet. Darüber werden sich Eltern ärgern, die die Betreuung jüngerer Schüler\*innen nicht organisieren können oder die besorgt sind, dass wichtiger Unterrichtsstoff auf der Strecke bleibt. Hochschulleitungen werden es nicht gern sehen, wenn Seminare abgesagt werden müssen, weil die wissenschaftlich Beschäftigten streiken.

Anders als die Bahn hat das Land als Arbeitgeber keinen wirtschaftlichen Verlust durch den Streik seiner Beschäftigten. Es spart sogar noch Geld, weil die streikenden Kolleg\*innen am jeweiligen Streiktag nicht bezahlt werden und stattdessen als Mitglieder Streikgeld von ihren Gewerkschaften erhalten. Trotzdem wissen wir: Ein Streik von Beschäftigten im öffentlichen Dienst hat durchaus seine Wirkung auf die in Potsdam verhandelnden Tarifparteien. Ein Streik im öffentlichen Dienst betrifft viele Menschen, die Wähler\*innen sind, und gefährdet das Ansehen der jeweiligen Landesregierung.

## Jede\*r Einzelne macht uns stark

Deswegen sollte jede\*r Tarifbeschäftigte einem Streikaufruf der GEW folgen – und am besten noch weitere Kolleg\*innen zum Mitmachen motivieren. Beamt\*innen sollten sich solidarisieren. Schulleiter\*innen sollten wissen, dass sie Kolleg\*innen, die nicht streiken, nicht als Streikbrecher\*innen einsetzen dürfen. Auch befristet Beschäftigte, für die eine Lohnsteigerung durch ein höheres Entgelt oder eine bessere Eingruppierung ihre gesamte Lebenssituation verbessern könnte, dürfen und sollten sich an einem Streik beteiligen.

Das Streikrecht gehört in unserer Demokratie zu den Grundrechten von Arbeitnehmer\*innen. Wer sich erinnert, wie intensiv Generationen vor uns für ihre Rechte gekämpft haben – zum Beispiel für das Frauenwahlrecht, das es vor 100 Jahren in Deutschland noch nicht gab –, sollte selbstbewusst das Streikrecht in der Tarifrunde wahrnehmen. Denn trotz sprudelnder Steuereinnahmen sitzt das Geld für Lehrkräfte, Schulsozialarbeit\*innen, sozialpädagogische Fachkräfte im Landesdienst, für Hochschulbeschäftigte und andere Arbeitnehmer\*innen im öffentlichen Dienst bei den Finanzminister\*innen nicht gerade locker. Ohne den Druck über Aktionen und Warnstreiks, die uns öffentlich wahrnehmbar machen, werden wir nicht das bekommen, was die Beschäftigten als Verbesserung verdienen.

## Dabei sein!

Unter diesem schlichten Motto „Tarifrunde 2018 – ich bin dabei!“ hatte sich die EVG gemeinsam mit den DB-Beschäftigten auf ihre Tarifrunde vorbereitet. Ich denke, dass das auch für die GEW NRW ein gutes Motto sein könnte: „Tarifrunde 2019 – ich bin dabei!“ Denn genau darum geht es: mitmachen statt zuschauen und abwarten. Es kommt auf jede\*n Einzelne\*n an. //



GEW NRW: Themenseite „Tarifrunde 2019“  
[www.gew-nrw.de/tarifrunde-2019](http://www.gew-nrw.de/tarifrunde-2019)



Dorothea Schäfer  
Vorsitzende der GEW NRW



### Betr.: nds 10-2018, GEW NRW begrüßt SPD-Vorschlag

Es ist immer dasselbe: In der Opposition fordert man das, was man als Regierung nicht hinbekommen hat. Es ist bemerkenswert und scheinheilig zugleich, dass die SPD-Landtagsfraktion NRW jetzt eine Gesetzesinitiative zur Anhebung der Besoldung von Lehrkräften in den Grundschulen und den Schulen der Sekundarstufe I vorschlägt. Es stellt sich die Frage, warum dieses Signal der Wertschätzung erst jetzt kommt und warum man das längst überfällige Gesetz nicht verabschiedet hat, als man mit den GRÜNEN von 2010 bis 2017 die Regierung stellte. *Hans Bauer*

Wenn Dorothea Schäfer im Namen der GEW NRW die Gesetzesinitiative der SPD-Landtagsfraktion zur Anhebung der Besoldung von Lehrkräften begrüßt und dies als „Signal der Wertschätzung“ bezeichnet, vermisst man doch schmerzlich (mal wieder) eine kritische Distanz zur Sozialdemokratie. Sozialdemokrat\*innen und GRÜNE waren 7 Jahre in NRW in der Regierungsverantwortung und hatten damit ausreichend Zeit, Lehrkräfte in NRW wertzuschätzen – passiert ist nichts. Beide haben halt immer die besten Ideen in der Opposition. Daran muss man als Gewerkschafterin und Landesvorsitzende erinnern, sonst werden die Gewerkschaften wie die Sozialdemokratie irgendwann selbst Geschichte. *Norbert Arnold*

### Betr.: nds 10-2018, Älterwerden und Pflege – das Wie gestalten!

Mir stehen die grauen Haare zu Berge! Den Leitkommentar der nds 10-2018 darf ein Verfechter der Agenda 2010 verfassen: Franz Müntefering. Gerade die SPD-Politiker\*innen rund um Ex-Kanzler Gerhard Schröder sind verantwortlich für die prekäre Lebenssituation so vieler Menschen. Hartz IV brachte Erfolg. Die Wirtschaft in der Bundesrepublik läuft auf Hochtouren. Den Preis dafür zahlen immer noch all die Menschen in Zeit- und befristeter Arbeit. Menschen, die mit einem Job nicht mehr über die Runden kommen, alleinerziehende Mütter und eben jene im Rentenalter. Pflegebedürftige Menschen brauchen liebevolle und geduldige Pfleger\*innen: Ich weiß, wovon ich spreche, denn meine Frau hat ihre demente Mutter zu Hause gepflegt. Diejenigen, die dem „Kleinen Mann“ die Bürde für ihre unsoziale Wirtschafts- und Sozialpolitik auferlegten, sitzen heute wie die Made im Speck. Halten wir die an sich lobenswerten Worte des Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen für Zeugnisse des Wandels des einstigen Agenda-2010-Politikers vom egoistischen Saulus zum einfühlsamen und zur Hilfe bereiten Paulus. Ich schließe mit den Worten: Nicht an ihren wohlklingenden Worten sollt ihr sie messen, sondern an ihren sozialen Taten. *Bernd Müller*

Ekelhaft fand ich, dass Sie für den Leitkommentar zum Thema „Pflege“ Franz Müntefering ausgesucht haben. Haben Sie niemand Besseren gefunden, um für uns Senior\*innen – ich bin selbst 70 Jahre alt – zu sprechen als jemand, der den Sozialabbau befürwortet und meint,

dass Menschen, die nicht arbeiten, auch nicht essen dürfen? Es wäre zu wünschen, dass in meiner Gewerkschaftszeitung keiner wie Franz Müntefering zu Wort kommt, der unsere Solidaritätsgedanken mit Füßen tritt und Arme anstelle der Armut bekämpft. *Claude Niot*

Keine Einzelmaßnahme zu Hartz IV hat den schwerarbeitenden Menschen – und übrigens auch der SPD – so geschadet, wie die Rente mit 67, gefördert durch Franz Müntefering. Nicht nur Bauarbeiter\*innen, sondern insbesondere auch Pflegekräfte schaffen es kaum, bis zum 65. Lebensjahr durchzuarbeiten, geschweige denn bis 67. Für alle die, die früher aufhören müssen, ist die Rente mit 67 nichts anderes als eine massive Rentenkürzung. Dass nun ausgerechnet einer der dafür Hauptverantwortlichen in der nds an herausgehobener Stelle sich zu Pflege äußern darf, ist eine unglaubliche Fehlleistung. Als Parteiloser mit fast 50 Jahren GEW-Mitgliedschaft wünsche ich mir deutlich mehr SPD-Ferne in meiner Gewerkschaft. *Dieter Sauerwald*

### Betr.: punktlandung 2018.2, Forschung und Fläschchen: Eine gute Liaison?

Die punktlandung „Karriere starten: Kinderspiel?“ habe ich mit Emotionen gelesen, denn ich bin so ein beschriebener „Drop Out“. Am 31. Dezember 1994 bin ich schwanger mit dem zweiten Kind aus dem Universitätsforschungsbetrieb „herausgedroppt“. Seither scheint sich nichts geändert zu haben. Würde eine geschickte Forscherin einmal in der Gruppe der über 55-jährigen Wissenschaftler\*innen den männlichen „drop out“ durch Krankheit statistisch ermitteln, so lautet meine Hypothese: Der männliche „drop in“ über 55 Jahre verursacht betriebswirtschaftlich betrachtet erhebliche Ausfälle im System. Würden wir diesen späten und männlichen „drop in“ (wegen Krankheit) dem frühen weiblichen „drop out“ (wegen Mutterschaft) gegenüberstellen, so würde ich das als sensible Geschlechterforschung bewerten wollen. *Astrid Libuda-Köster*

### Betr.: nds 11/12-2018, Berufsexpert\*innen sind ein Gewinn – auch ohne akademischen Abschluss

Nach Auffassung des Bildungsexperten Andreas Oehme vom Westdeutschen Handwerkskammertag sind Praktiker\*innen mit handwerklicher Meisterprüfung die Lösung für den Lehrkräftemangel an Berufskollegs. Das ist aber aus verschiedenen Gründen ein Trugschluss! Zum einen reichen die jährlich rund 20.000 Absolvent\*innen der Meisterprüfungen des Handwerks nicht einmal aus, um für alle Handwerksbetriebe einen Unternehmensnachfolger zu finden. Zum anderen hatten technische Berufskollegs in der Vergangenheit schon Probleme, qualifizierte Bewerber\*innen zu finden für den planmäßigen fachpraktischen Unterricht. Die Eingangsbesoldung nach A 9 beziehungsweise EG 8 ist einfach zu unattraktiv und Aufstiegschancen sind praktisch nicht vorhanden. Weiterhin erfordert erfolgreicher Unterricht mehr pädagogische Kompetenzen als in der Meisterprüfung vermittelt werden. Dies hat die Wirtschaft selbst eingesehen und den Fortbildungsabschluss „Gepr. Berufspädagoge“ eingeführt. Es ist auch fraglich, ob die vom Ministerium präferierte nebenberufliche Einstellung von Absolvent\*innen eines technischen Studiums bei Sätzen ab 27,50 Euro je Unterrichtsstunde langfristig Erfolg hat. Im Interesse der Schüler\*innen an den Berufskollegs kann man nur hoffen, dass die von Sabine Flögel (nds 112/12-2018, Seite 29) beschriebenen Bildungsmaßnahmen neben dem grundständigen Berufsschullehrer\*innenstudium durch die Landesregierung schnell teilnehmer\*innenfreundlicher gestaltet werden, um eine höhere Akzeptanz zu erreichen. *Karl H. Günther*



GEW NRW auf der didacta 2019

## **Vielfalt bereichert.**

**Die GEW NRW macht sich stark für eine vielfältige Gesellschaft und zeigt das in diesem Jahr auch deutlich auf der Bildungsmesse didacta in Köln unter dem Motto „Vielfalt bereichert“. Was erwartet die Besucher\*innen an den Ständen der GEW NRW genau? Ein Ausblick.**

Nach drei Jahren findet die didacta erneut in NRW statt. Mehr als 100.000 Kolleg\*innen werden die Bildungsmesse in Köln besuchen. Sie kommen aus Kitas oder aus Schulen, sind im Studium oder in der zweiten Phase der Ausbildung, sind neu im Job oder schon viele Jahre dabei. Um auf ihre unterschiedlichen Berufsbiografien, Wünsche und Bedürfnisse einzugehen, ist die GEW NRW mit einem breiten Angebot vertreten – unter dem Motto „Vielfalt bereichert“.

Hinter diesem Leitspruch verbirgt sich aber nicht nur eine Vielzahl an Themen und Angeboten. Auf der didacta beziehen wir auch deutlich Position für eine vielfältige, demokratische und solidarische Gesellschaft, gegen Rechtspopulismus und erstarkenden Rassismus.

### **Gesellschaftlichen Wandel meistern**

Die Haltung der Gewerkschaften und insbesondere der GEW NRW ist dabei völlig klar: Die Positionen der Alternative für Deutschland (AfD) sowie anderer rechtspopulistischer Gruppierungen sind mit gewerkschaftlichen Werten und Zielen unvereinbar. Die Notwendigkeit, eindeutig Stellung zu beziehen, ergibt sich jedoch nicht nur aufgrund des offensichtlichen Wandels des gesellschaftlichen Klimas, nicht aus der Lektüre der Medien oder den Wahlerfolgen rechter Parteien.

Jeden Tag erleben Kolleg\*innen in den Bildungseinrichtungen, dass sich die Stimmung

innerhalb der Gesellschaft ändert: Sie erleben konkrete negative Folgen für ihre Arbeit. Das Bemühen vieler Kolleg\*innen, allen hier lebenden Kindern und Jugendlichen ihr Recht auf Bildung zu gewährleisten, wird unnötig erschwert. Sie scheitern zu oft an bürokratischen und rechtlichen Hürden. Sie klagen zu Recht über mangelnde Ressourcen und schlechte Bedingungen. Ausgrenzung scheint das Ziel, Wertschätzung für das Engagement fehlt.

Gleichzeitig startet die AfD rechtswidrige Internetportale, die der öffentlichen Denunziation von Lehrer\*innen dienen und allein das

Ziel verfolgen, Lehrer\*innen einzuschüchtern. Wer schützt diese Kolleg\*innen? Wie nimmt der staatliche Arbeitgeber seine Fürsorgepflicht für Beschäftigte wahr? Diskriminierung wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, aufgrund einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität wird plötzlich als Bildungsinhalt in Frage gestellt. Umso wichtiger ist es, als Bildungsorganisationen gemeinsam für Vielfalt einzustehen. Deshalb freut sich die GEW NRW besonders auf ihre Mitaussteller „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, die „Globale Bildungskampagne“ und die Stiftung „Fair Childhood“. Zudem präsentieren sich auf der didacta Initiativen und Organisationen der Friedensbewegung.

### **Beratungsangebote der GEW NRW**

## **Erste Hilfe am Messestand**

Die GEW NRW ist vom 19.-23. Februar 2019 mit zwei Ständen auf der Bildungsmesse didacta vertreten: Halle 7, A 50, Schule und Halle 9, F 91, Kita. Dort beraten GEW-Expert\*innen zu gewerkschaftlichen und individuellen beruflichen Themen.

### **Referendar\*innen**

Wie läuft das Referendariat ab? Wie bewirbt man sich? Welche Einstellungschancen haben angehende Lehrkräfte? Antworten auf diese Fragen zum Berufseinstieg geben Expert\*innen der jungen GEW NRW am Messestand.

Dienstag bis Freitag:	10.00–12.00 Uhr 14.00–16.00 Uhr
Samstag:	10.00–12.00 Uhr

### **Arbeits- und Gesundheitsschutz**

Dienstag bis Freitag:	13.00–15.00 Uhr
-----------------------	-----------------

### **Recht im Schulalltag**

Dienstag, Donnerstag und Freitag:	ab 11.00 Uhr
-----------------------------------	--------------

### **Versorgung, Altersteilzeit, Hinterbliebenenversorgung, Rente**

Dienstag bis Freitag:	ab 14.00 Uhr
-----------------------	--------------

### **Berechnungen des Ruhegehalts, der Teilzeitvergütung und weiteres**

Dienstag bis Samstag:	10.00–16.00 Uhr
-----------------------	-----------------

**Messestand****Kaffeepause!**

Habe ich alle Schulbuchverlage gefunden, die auf meiner Liste standen? Warum musste ich so lange in der Schlange stehen? Warum war die Verpflegung so mühsam? Ein Messetag kann stressig sein: Die GEW NRW bietet ihren Standbesucher\*innen Gelegenheit, eine kleine Verschnaufpause vom hektischen Messetrübeld einzulegen und sich bei einer Tasse Kaffee in aller Ruhe mit Kolleg\*innen auszutauschen. Das Motto lautet: Kaffee trinken und durchatmen!



Illustration: dooder / Freepik

**Zwei Messestände der GEW NRW**

Wie in den Vorjahren orientiert sich die Aufteilung der Messehallen an den verschiedenen Bildungsbereichen: frühkindliche Bildung, Schule und (betriebliche) Weiterbildung. Die GEW NRW ist daher wieder mit zwei Messeständen präsent. Dort erhalten Besucher\*innen ein umfangreiches Materialangebot und fachkundige Beratung zu den Themen, die sie interessieren: Zu Rechtsfragen im Schulalltag, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Versorgung, Altersteilzeit, Hinterbliebenenversorgung und Rente beraten GEW-Expert\*innen gerne. Außerdem sind vor Ort Berechnungen des Ruhegehalts und der Vergütung bei Teilzeit möglich. Der Verlag der GEW NRW, die NDS Verlagsgesellschaft, bietet während der didacta besondere Messekonditionen an.

**Fotobox „JA 13: Mein Stück vom Kuchen“**

A 13 beziehungsweise EG 13 für alle Lehrer\*innen zum Einstieg ist eine der zentralen Forderungen der GEW NRW, weil die aktuelle

Besoldungspraxis in Teilen verfassungswidrig ist. Um der Politik eindrucksvoll zu signalisieren, dass das Hinhalten ein Ende haben muss, können sich Kolleg\*innen an unserem Messestand unter dem Motto „JA 13: Mein Stück vom Kuchen“ in einer Fotobox ablichten lassen. Mit ihren Bildern setzen die Besucher\*innen ein Zeichen und machen deutlich: Es ist Zeit für eine Initiative der Landesregierung, die der Ankündigung von NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer endlich Taten folgen lässt!

**didacta für Berufsstarter\*innen**

#BESSERANDERS lautet das Motto, mit dem wir für bessere Bedingungen beim Berufseinstieg kämpfen. Wir nehmen dabei das Studium, den Vorbereitungsdienst und den Berufseinstieg in den Blick. An unserem Messestand gibt es daher individuelle Beratung rund um die Themen Lehrer\*innenausbildung, Referendariat und Berufseinstieg – egal ob Fragen zu Bewerbung und Ablauf des Referendariats oder zu den späteren Einstellungschancen als Lehrer\*in. Besucher\*innen sind eingeladen, ihre Kritik und ihre Forderungen zum Berufseinstieg zu notieren und öffentlich zu machen.

**Diskussion im Forum Bildung**

Die Bildungsmesse didacta ist seit Jahren nicht nur der Ort, um Materialien zu sichten und praktische Hilfen für den Berufsalltag zu erhalten. Sie ist auch ein Ort für Fortbildung und Debatten. Der Kampf gegen den Lehrkräftemangel, die Inklusion, die Digitalisierung, das Fach „Wirtschaft“ sind genauso Themen wie die Schulsozialarbeit, Rassismus in Schulen und das „Gute-Kita-Gesetz“. Vertreter\*innen der GEW informieren und diskutieren, unter anderem

in Veranstaltungen, die das Forum Bildung anbietet. Dieses Forum veranstaltet der Verband Bildungsmedien e.V. in Programmpartnerschaft mit der GEW NRW und weiteren Organisationen. Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist kostenlos.

**GEW vor Ort erleichtert die Anreise**

Viele Untergliederungen erleichtern die Fahrt nach Köln und den Besuch der Bildungsmesse: Sie organisieren eine gemeinsame Anreise und bieten in der Regel auch vergünstigte Eintrittskarten an. Referendar\*innen beziehungsweise Lehramtsanwärter\*innen, die bis zum 15. Februar 2019 in die GEW NRW eintreten, erhalten zudem einen Eintrittsgutschein für die didacta. Ein guter Grund, in den nächsten Tagen neue Mitglieder für die GEW NRW zu werben. //



GEW NRW: Broschüre zur didacta „Vielfalt bereichert.“  
[www.gew-nrw.de/didacta](http://www.gew-nrw.de/didacta)



GEW NRW: Themenseite zu „didacta“  
[www.gew-nrw.de/didacta](http://www.gew-nrw.de/didacta)



**Julia Löhr**  
Jugendbildungsreferentin  
der GEW NRW



**Michael Schulte**  
Geschäftsführer der GEW NRW



Kommentar zum Hochschulbau

## In Bauphasen müssen Gewerkschaften und Personalvertretungen hartnäckig sein

**Wenn eine Hochschule umbaut, sind die Interessen der Beschäftigten entscheidend: Spätestens wenn die neuen Räume zu klein, zu dunkel oder zu hellhörig sind, kommt es zu massiven Konflikten zwischen Planer\*innen und Mitarbeiter\*innen. Warum Interessensvertretungen daher von Anfang an in Baupläne eingeweiht werden sollten, kommentiert Personalrat Gunnar Ketzler.**

Seit einigen Jahren kommt es an vielen Hochschulstandorten nach teils jahrzehntelanger Pause wieder zu Bauaktivitäten, der „Sanierungsstau“ ist jetzt auch ein öffentliches Thema. Gut, dass der überalterte Baubestand runderneuert wird, denn hier liegt vieles im Argen. Gut auch, dass endlich Luft geschaffen wird, denn der erhebliche Personalzuwachs der vergangenen Jahre wurde regelrecht in die ausgelasteten Gebäude hineingequetscht. Die Wiedergeburt des Hochschulbaus ist fällig, bietet Chancen für Lehrende und Lernende, ist aber auch eine Herausforderung für Gewerkschaften und Personalvertretungen (PV), denn die Situation ist bei genauerem Hinsehen oft kompliziert.

### **GEW-Kolleg\*innen sollten wachsam sein und sich aktiv einbringen!**

Im Vorfeld der Planung, während der Planung und Bauausführung oder bei der späteren Einrichtung der Arbeitsplätze sind GEW-Kolleg\*innen besonders gefordert: Sie sind aufgerufen, nicht nur die formalen Bestimmungen zum Schutz der Beschäftigten im Auge zu haben und diesen zum Beispiel in den PV Geltung zu verschaffen. Wenn neue Lernorte entstehen, sollten die Kolleg\*innen darüber hinaus die Belange der Lehrenden und Lernenden in die Planung einbringen – und das ist meist schwierig: Mit der Verselbstständigung der Hochschulen

herrscht das Direktionsrecht auch in Bauplänen. Exzellenzinitiativen haben einen neuen Repräsentationsehrgeiz befeuert. Oft haben Hochschulen nur eingeschränkt Einfluss auf die Gebäudegestaltung, weil viele Baumaßnahmen von Landesbehörden wie dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) NRW durchgeführt werden, für den sie formal nur Mieter sind und für den Beschäftigte und Studierende keine Ansprechpartner\*innen sind. Und über allem schwebt die Schwarze Null der Länder Haushalte, die anscheinend häufiger beim Inhalt der Gebäude wirkt als an der Fassade.

### **Mangelnder Informationsfluss behindert Mitbestimmung**

Im Vorfeld einer Planung ist Information das Wichtigste: Wer plant beziehungsweise bezahlt? Wer sollen die Nutzer\*innen werden? Wie groß und wo soll gebaut werden? Um genaue Auskünfte auf diese Fragen zu bekommen, müssen die PV oft hartnäckig nachbohren. Vor einer Baumaßnahme fallen Grundsatzentscheidungen, allerdings meist hinter verschlossenen Türen. Konzeptionelle Themen können in diesem Stadium eigentlich nur diskutiert werden, wenn die Hochschulleitungen auf die PV zugehen. Der Regelfall ist leider anders: Das Konzept für ein Gebäude wird von dem BLB beziehungsweise von der Hochschulleitung unter Ausschluss

der (Hochschul-)Öffentlichkeit entwickelt. Ein alternativer konzeptioneller Ansatz kann daher nur mit guter Information und viel Beharrlichkeit eingebracht werden.

Solange die Neubauwelle anhält, haben auch Gewerkschaften vor Ort und in Bezug auf die politischen Rahmenbedingungen Möglichkeiten, die Kompetenzen ihrer in der Hochschulpraxis tätigen Mitglieder einzubringen, zum Beispiel über konkrete Forderungskataloge zu guten wissenschaftlichen Lern- und Arbeitsorten.

Darüber hinaus gibt es auf verschiedenen Ebenen weitere gewerkschaftliche Ansatzpunkte: Wieso tummeln sich bei der öffentlichen Kernaufgabe „Hochschulbau“ zunehmend private Immobilienunternehmen? Ist das nötig oder nur eine neue Möglichkeit, öffentliche Gelder an den Zielgruppen vorbei in private Hand zu bringen? Welche Arbeitsbedingungen herrschen auf den Baustellen? Welche Folgen haben die letzten Liberalisierungen der Bauordnungen auf die in den „liberalisierten“ Gebäuden entstehenden Arbeitsplätze? Gibt es überall Tageslicht? Werden fragwürdige Materialien verbaut? Wie werden die Lernorte gestaltet – wie Orte, an denen sich Menschen zum Lernen und Forschen zusammenfinden oder wie ein Bankenviertel?

### **Personalvertretungen pochen auf ihr Anhörungsrecht**

In der konkreten Ausführungsplanung gilt aus Sicht der PV das Anhörungsrecht. Das bedeutet, die Pläne müssen vorgelegt werden, damit die Vertreter\*innen eine Stellungnahme abgeben können. Zwar ist das Anhörungsrecht an sich

schwach, weil es keine direkte Sanktionsmöglichkeit gibt. Die Dienststelle muss die Anhörung aber so durchführen, dass die Stellungnahme in die weiteren Entscheidungen einfließen kann.

Die PV können diese Gelegenheit nutzen, um die wesentlichen Probleme bei einem Gebäude genau zu erfassen, gegebenenfalls durch mehrfaches Nachfragen. Sie sollten auch den Kontakt zu betroffenen Kolleg\*innen suchen und sich Klarheit darüber verschaffen, wie das Lernen und Arbeiten später genau aussehen wird. Erfahrungsgemäß sind die Planungen in diesem Stadium schwer zu beeinflussen, denn die verschiedenen Beteiligten wie BLB, Hochschulleitung, Nutzer\*innen und gegebenenfalls Investor\*innen haben sich – vielleicht nur mühsam – geeinigt und betrachten die PV als lästiges Übel. An dieser Stelle können die PV schon frühzeitig klarmachen, wie sie sich zur Einrichtung der Arbeitsplätze positionieren.

### GEW NRW steht Mitgliedern bei Problemen am Arbeitsplatz zur Seite

Unterstützung können sich Mitglieder auch von ihrer Gewerkschaft holen, wenn sie massive Bedenken bezüglich der Neubauten haben. Auch wenn die Organisationen bei Baumaßnahmen nicht wie bei den Gehältern über Tarifverträge beteiligt werden, beraten beziehungsweise vertreten sie ihre Mitglieder in allen Jobangelegenheiten. Insbesondere im Hochschulbau, wo 90 Prozent der wissenschaftlich Beschäftigten größtenteils mit einem Weiterbildungsgrund befristet beschäftigt sind, können Bauarbeiten bei laufendem Betrieb ein gravierendes Problem sein. Wie ist zum Beispiel die Weiterbildung als arbeitsrechtliche Gegenleistung für die Befristung des Jobs in der Realität möglich, wenn jahrelang rund um den Arbeitsplatz der Baulärm dröhnt?

Die Stunde der Wahrheit kommt spätestens dann, wenn die neuen Räume bezogen werden. Sofern die kritischen Anmerkungen der PV im Anhörungsverfahren nicht berücksichtigt wurden, können Nachbesserungen verlangt werden. Mal sind es schlicht zu viele Arbeitsplätze in einem zu kleinen Büro, mal sind Räume zu dunkel und mal ist der Straßenlärm zu laut. Die Zahl der Lösungsoptionen ist in dieser Phase nur noch begrenzt. So können zum Beispiel weitere Büros genutzt, Arbeitsräume gegen Besprechungsräume getauscht oder zusätzliche Lärmschutzvorrichtungen eingebaut werden. Die Rechtsstellung der PV ist an dieser Stelle stärker als bei der Anhörung: Die Einrichtung von Arbeitsplätzen kann abgelehnt beziehungsweise der Rechtsweg beschritten werden. Diese Option wirkt sich bei konsequenter Anwendung auch auf die Planungsphase des nächsten Projekts aus.

Wenn das Gebäude zu viele Mängel aufweist, kann die Hochschule theoretisch die Abnahme insgesamt verweigern; möglicherweise müssen die PV dafür zuerst die mangelnde Eignung gerichtlich feststellen lassen.

### Kämpfen für die Gesundheit der Kolleg\*innen lohnt sich!

In jedem Fall ist der Konflikt vorprogrammiert, denn die Planung orientiert sich an DIN-Normen und den liberalisierten Bauordnungen, die PV zum Beispiel an den Arbeitsschutzrichtlinien und arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen. Zwischen beiden Akteurinnen bestehen in Teilen deutliche Unterschiede. Da noch nicht sehr viele Neubauten im Zuge des aktuellen Hochschulbaubooms entstanden sind, fehlt es bisher an Erfahrungen, wie massive Konflikte letztlich ausgehen. Den PV wird zunehmend der Zusammenhang zwischen der baulichen Arbeitssituation und manchen psychischen

Belastungen am Arbeitsplatz klar. Hier bestehen oft erhebliche Gefahren für die Gesundheit der Kolleg\*innen. Das Engagement lohnt sich!

Für die Gewerkschaften und ihre Mitglieder gibt es in dieser Phase verschiedene Handlungsoptionen: Einerseits bestehen hier klassische Rechte, die offensiver wahrgenommen werden können. Vertreter\*innen der Gewerkschaften dürfen die Beschäftigten an ihrem Arbeitsplatz besuchen, sich die Verhältnisse vor Ort anschauen und mit der Hochschule in Verbindung treten beziehungsweise Rechtsschutz gewähren. Andererseits sollten die Gewerkschaften auch öffentlich klarmachen, dass für die Beschäftigten und Studierenden an den Hochschulen keineswegs Luxusinstitute verlangt werden, sondern es meist um Mindeststandards geht.

Bei ausgeglichenen öffentlichen Haushalten müssen endlich nach Jahren überfüllter und überalterter Hörsäle und Büros angemessene Orte für gute Arbeit und gutes Lernen möglich sein. //



Armin Himmelrath: Forschen in Ruinen (in: E&W 9-2016)  
[www.tinyurl.com/forschen-in-ruinen](http://www.tinyurl.com/forschen-in-ruinen)



Nina Kothy: Ein Umbau bei laufendem Unibetrieb (in: nds 9-2018)  
[www.tinyurl.com/umbau-bei-unibetrieb](http://www.tinyurl.com/umbau-bei-unibetrieb)



Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW: Projekte  
[www.tinyurl.com/blb-nrw-bauprojekte](http://www.tinyurl.com/blb-nrw-bauprojekte)



Gunnar Ketzler  
Personalrat für den wissenschaftlichen Bereich an der RWTH Aachen

forum  
eltern und schule

fesch

AUSTAUSCH & BEGEGNUNG

## Unser Fortbildungsprogramm für das 1. Halbjahr 2019 ist erschienen

Sie finden darin über 50 Fortbildungsangebote zu verschiedenen schulischen Themen, u. a.:

- Gemeinsames Lernen/Inklusion • Beratung • Unterrichtsentwicklung • Kunst & Pädagogik • Darstellen & Gestalten
- Individualisierung des Lernens • Schulalltag meistern • Schule und Elternhaus • Theaterpädagogik • Mediation
- Schulcoaching und Moderation • Gute Schule gestalten • Schulsozialarbeit • Lernen in Europa – ERASMUS+

Familie und Beruf

# Eltern werden am Arbeitsplatz Schule

Hurra – wir werden Eltern! Wann muss die Schule informiert werden? Wer nimmt Elternzeit – wann und wie lange? Und wie sichern wir währenddessen unser Einkommen?

Wir haben die wichtigsten Infos zusammengetragen, damit künftige Mütter und Väter sich auf das Wesentliche konzentrieren können: die Vorfreude.

## Mutter werden im Referendariat – was bedeutet das? Muss ich abbrechen oder unterbrechen?

Nein, das muss nicht sein. Auch im Referendariat gelten die Mutterschutzgesetze und die entsprechenden beamtenrechtlichen Regelungen. Dies bedeutet insbesondere, dass natürlich alle Mutterschutzzeiten einzuhalten sind, also das Beschäftigungsverbot sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung. Außerdem gelten für Schwangere bestimmte Schutzvorschriften. So dürfen sie zum Beispiel nicht zu Arbeiten herangezogen werden, die eine Gefahr bedeuten könnten – beispielsweise eine Pausenaufsicht. Für die weitere Gestaltung des Referendariats gibt es zwei Optionen:

- ◆ Das Referendariat kann aus Gründen des Mutterschutzes auf Antrag verlängert werden.
- ◆ Das Referendariat kann in Teilzeit zu Ende geführt werden. Dazu ist ein Antrag innerhalb der ersten zwölf Monate des Referendariats unmittelbar im Anschluss an die Schutzfrist zum Mutterschutz erforderlich. //

## Ich bin schwanger. Wen muss ich als Referendarin oder als Lehrerin informieren?

Eine Schwangerschaft sollte dem Arbeitgeber umgehend mitgeteilt werden. Eine Frist dafür gibt es nicht – die werdende Mutter bestimmt selbst den Zeitpunkt. Allerdings kann der Arbeitgeber die gesetzlichen Schutzvorschriften nicht einhalten, solange er nicht Bescheid weiß.

Referendarinnen legen der Ausbildungsschule und dem Seminar eine ärztliche Schwangerschaftsbescheinigung vor. Lehrerinnen informieren die Schulleitung und die Dienststelle. Letztere ist im Grundschulbereich das Schulamt, in allen anderen Schulformen die Personalstelle der jeweiligen Bezirksregierung. //

## Was passiert nach der Bekanntgabe der Schwangerschaft?

Wenn eine Referendarin oder eine Lehrerin ihre Schwangerschaft bekanntgegeben hat, muss sie unter Fortzahlung des Gehaltes sofort vom Unterricht freigestellt werden, bis ihr Immunschutz hinsichtlich verschiedener Infektionskrankheiten geklärt ist.

Die Schulleitung muss eine Gefährdungsbeurteilung durchführen und dazu anhand einer Checkliste prüfen, welchen Gefährdungen die Schwangere an ihrem Arbeitsplatz ausgesetzt ist. Gegebenenfalls müssen Schutzmaßnahmen bestimmt werden, zum Beispiel eine Freistellung vom Schwimm- und Sportunterricht oder von der Pausenaufsicht. Alternativ kann die werdende Mutter Tätigkeiten in der Schule übernehmen, die keinen Kontakt mit Schüler\*innen erfordern. Die Kollegin legt die Gefährdungsbeurteilung, die von ihr selbst und der Schulleitung unterzeichnet werden muss, bei der Untersuchung durch den betriebsärztlichen Dienst (BAD) vor, der den Immunschutz feststellt und eine Beschäftigungsempfehlung gibt. Die Schulaufsicht entscheidet dann über die weitere Beschäftigung und spricht gegebenenfalls ein Beschäftigungsverbot aus. //

## Wie viel Mutterschutz steht Lehrerinnen zu? Und wann beginnt er?

Sechs Wochen vor dem errechneten Geburtstermin dürfen Schwangere nicht mehr beschäftigt werden, es sei denn, sie wünschen es ausdrücklich (§ 3 MuSchG). Dieser Wunsch kann dann jederzeit widerrufen werden. Ein zwingendes Beschäftigungsverbot besteht acht Wochen nach der Geburt, bei Früh- oder Mehrlingsgeburten sind es sogar zwölf Wochen. Insgesamt darf die Zeit des Mutterschutzes vierzehn Wochen nicht unterschreiten. Sollte das Kind vor dem errechneten Termin geboren werden, wird der entsprechende Zeitraum an den Mutterschutz angehängt.

Während der Schutzfristen erhalten Beamtinnen weiterhin ihre Bezüge. Gesetzlich versicherte, angestellte Lehrerinnen erhalten Mutterschaftsgeld von der Krankenkasse und einen Aufstockungsbetrag des Arbeitgebers bis zum Durchschnittsnettoverdienst der vergangenen drei Monate. //

## Wie viel Elternzeit steht Müttern und Vätern im Schuldienst zu?

Sowohl Mütter als auch Väter haben einen Anspruch auf jeweils 36 Monate Elternzeit, die sie bis zum dritten Geburtstag des Kindes nehmen können. Ein Anteil von bis zu 24 Monaten kann auch zwischen dem dritten und achten Lebensjahr des Kindes liegen. Die Elternzeit kann nacheinander oder von beiden Eltern parallel genommen werden. Elternzeit muss nicht zwingend am Stück genommen werden: Beide

Elternteile können unabhängig voneinander drei Zeitabschnitte wählen. Eine Aufteilung in mehr als drei Zeitabschnitte ist mit Zustimmung der Schulbehörde möglich. Beide Elternteile können sich während der Elternzeit für eine Teilzeitbeschäftigung entscheiden.

Mütter können Elternzeit erst im Anschluss an die Mutterschutzfrist nach der Geburt nehmen. Die Schutzfrist wird auf die dreijährige Gesamtdauer angerechnet. Die Elternzeit des Vaters kann nach der Geburt des Kindes bereits während der Schutzfrist für die Mutter beginnen.

Die Elternzeit muss bis zum vollendeten dritten Lebensjahr des Kindes sieben Wochen vorher angekündigt werden. Soll die Elternzeit zwischen dem dritten Geburtstag und dem vollendeten achten Lebensjahr liegen, muss sie 13 Wochen vorher angekündigt werden. //

### Können wir die Elternzeit später noch umplanen?

Viele Eltern wollen oder können die Entscheidung über einen Wiedereinstieg in den Beruf erst später fällen, zum Beispiel nach einem Jahr in Elternzeit. Deshalb ist es gut, dass sie sich bei der Antragstellung nur für den Zeitabschnitt festlegen müssen, der für sie zu diesem Zeitpunkt planbar ist. Statt die Dauer und Aufteilung der Elternzeit von Anfang an komplett festzulegen, stellen viele Eltern später lieber einen Verlängerungsantrag. Sowohl Verlängerungen als auch Verkürzungen einer Elternzeit sind also möglich, bedürfen aber der Zustimmung der Schulbehörde. Nach bestehender Rechtslage sind kaum Gründe vorstellbar, eine Verlängerung der Elternzeit abzulehnen. Eine vorzeitige Rückkehr aus der Elternzeit kann dagegen problematisch sein, weil in der Regel Vertretungsverträge mit anderen Personen geschlossen wurden. //

### Wie viel Elterngeld bekommen Lehrer\*innen? Wie müssen sie es beantragen?

In den ersten 14 Lebensmonaten des Kindes kann Elterngeld gewährt werden. Es ersetzt 63 bis 67 Prozent des bisherigen Nettoerwerbseinkommens des erziehenden Elternteils, beträgt höchstens 1.800,- und mindestens 300,- Euro. Zuständig ist die Elterngeldstelle der Kommune, in der die Eltern wohnen.

ElterngeldPlus ist vor allem für Kolleg\*innen interessant, die schon während des Elterngeldbezugs in Teilzeit arbeiten möchten, denn dann

gestaltet sich die mögliche Anrechnung auf das Gehalt günstiger. ElterngeldPlus beträgt maximal die Hälfte des bisherigen Elterngeldes, wird dafür aber doppelt so lange gezahlt, nämlich 24 Monate lang. Das bisherige Elterngeld – auch Basiselterngeld genannt –, ElterngeldPlus oder einer Kombination aus beidem sind flexibel zu nutzen. //

### Nach der Elternzeit zurück in den Job: Bekomme ich meine alte Stelle wieder?

Nach einer Elternzeit von einem Jahr und mehr – einschließlich Mutterschutzfrist – haben Lehrer\*innen das Recht, wohnortnah eingesetzt zu werden. Aber es gilt auch: Nach der Elternzeit muss der Dienstherr besonders die familiäre Situation berücksichtigen und eine Rückkehr an den alten Dienort ist anzustreben, wenn dies gewünscht wird. Werden Elternzeit und Elterngeld oder ElterngeldPlus in Anspruch genommen, ist die Rückkehr an die bisherige Schule möglich, wenn der Bezug von Elterngeld oder ElterngeldPlus endet.

Mütter und Väter sollten auf jeden Fall rechtzeitig der zuständigen Schulaufsicht und dem Personalrat mitteilen, ob sie nach der Elternzeit an ihrer alten oder einer anderen Schule arbeiten möchten. //



**BAD: Gefährdungsbeurteilung „Mutterschutz für Lehrerinnen“ in NRW**  
[www.tinyurl.com/bad-gefaehrdung](http://www.tinyurl.com/bad-gefaehrdung)



**BAD: Fragebogen zum beruflichen Einsatz von schwangeren Lehrerinnen in der Schule NRW**  
[www.tinyurl.com/bad-fragebogen](http://www.tinyurl.com/bad-fragebogen)



**MSW NRW: Arbeits- und Gesundheitsschutz der Lehrkräfte an den öffentlichen Schulen. Mutterschutz bei schwangeren Lehrerinnen Hinweise und Handlungsempfehlungen für den Infektionsschutz**  
[www.tinyurl.com/msw-empfehlungen](http://www.tinyurl.com/msw-empfehlungen)



**BMFSFJ: Familienportal mit Infos und Rechnern rund um die Familienleistungen**  
[www.familienportal.de](http://www.familienportal.de)



**GEW NRW: Teilzeitreferendariat in NRW geht an den Start, Fragen und Antworten zur veränderten OVP kompakt**  
[www.tinyurl.com/teilzeitref-nrw](http://www.tinyurl.com/teilzeitref-nrw)



## Personalratsarbeit

**„Ich muss und will Personalrätin für alle sein.“**

Wie können Personalräte speziell junge Kolleg\*innen im Referendariat und beim Berufsstart unterstützen? Und warum ist es wichtig, dass auch junge Lehrer\*innen im Personalrat mit anpacken? Jana Koch ist Sonderpädagogin an einer Grundschule – und mit nur 32 Jahren schon Vorsitzende des örtlichen Personalrats im Oberbergischen Kreis. Sie erzählt, was sie antreibt und warum ihr der Generationendialog am Herzen liegt.



Jana Koch liebt neue Herausforderungen: 2009 wurde sie GEW-Mitglied, nur sieben Jahre später Personalrätin. Seit 2018 ist sie sogar Personalratsvorsitzende. Foto: privat

**nds: Du bist Personalrätin an der Grundschule. Mit welchen Themen kommen insbesondere die jungen Kolleg\*innen zu dir?**

**Jana Koch:** Das ist sehr breit gefächert, aber es gibt natürlich Schwerpunkte. Gerade die jungen Kolleg\*innen beschäftigen alle Themen rund um die Familiengründung: Mutterschutz und Elternzeit sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, zum Beispiel Teilzeitkonzepte, Kinderbetreuung, aber auch Pflege von Angehörigen. In Zeiten des Lehrkräftemangels kommen Abordnungen und Mehrarbeit hinzu, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschweren.

Aktuell geht es häufig um den Umgang mit hoher Arbeitsbelastung und auch Versetzungswünsche sind mittlerweile häufiger Beratungsinhalt. Die Kolleg\*innen wollen gerne wohnortnah eingesetzt werden, haben aber nur sehr geringe Chancen, aus ihrem Schulamtsbezirk weg versetzt zu werden, weil sie aufgrund des Lehrkräftemangels keine Freigabe bekommen. Dienstliche Beurteilungen sowie Rechte und Pflichten von Beamt\*innen sind ebenfalls immer wieder Thema.

**Gibt es ein Thema, das dir ganz besonders am Herzen liegt?**

Am wichtigsten ist mir die alles überspannende Fürsorgepflicht, die das Land als Arbeitgeber gegenüber seinen Lehrkräften hat. Diesen Grundgedanken muss der Personalrat immer vehementer vertreten und einfordern. Die Erhaltung der Gesundheit der Beschäftigten und ein menschenwürdiger Umgang miteinander sind ein hohes Gut, das wir verteidigen müssen. Es kann nicht sein, dass Lehrkräfte nur noch als verschiebbare Masse mit Arbeitskraft angesehen und behandelt werden.

**Du gehörst selbst zu den jungen Kolleg\*innen. Inwiefern hilft dir das als Personalrätin?**

Als so junge Vorsitzende des Personalrats musste ich mir gegenüber den älteren Kolleg\*innen schon erst einmal meinen Stand erarbeiten. Das funktioniert vor allem über Kompetenz, aber auch über ein hohes Maß an Empathie. Ich muss und will Personalrätin für alle sein. Dabei hilft es mir sehr, dass ich noch nah dran bin an den Referendar\*innen und selbst noch fast zu den Berufseinsteiger\*innen zähle, aber auch schon vielfältige Erfahrungen sammeln konnte und älteren Kolleg\*innen gut zuhören.

Das Referendariat ist eine ganz besondere, anforderungsreiche Zeit mit viel Stress und auch der Berufseinstieg bringt viel Neues mit sich, vor allem in der Organisation des Alltags und der Weiterentwicklung der Lehrer\*innenpersönlichkeit. Ich versuche, die Kolleg\*innen fachlich fundiert zu beraten, lasse aber auch häufig eigene Erfahrungen mit einfließen. Wenn ich dabei eine gute Mischung finde, kann ich den Kolleg\*innen ein niederschwelliges Angebot machen. Sie sollen sich nicht erst melden, wenn es schon fast zu spät ist, sondern uns als Unterstützung in vielen Lebenslagen wahrnehmen.

**Apropos niedrigschwellig: Die Mitarbeit im Personalrat schreckt viele junge Kolleg\*innen ab: „Kann ich das überhaupt? Und woher soll ich die Zeit nehmen?“ Wie sehen deine eigenen Erfahrungen aus?**

Für die Personalratstätigkeit gibt es Entlastungsstunden, die ich für Sitzungen, Geschäftsführung und Beratungstermine flexibel nutzen kann. Und wegen der Kompetenz muss sich wirklich niemand Sorgen machen: Als Mitglied der GEW habe ich schon früh Einblick in die gewerkschaftliche Arbeit, die Themen und Inhalte bekommen. Das hat mir sicherlich sehr geholfen, aber ein bestimmtes Vorwissen ist keine Voraussetzung, um Personalrät\*in zu werden. Am wichtigsten ist: Der Personalrat ist ein großes Gremium und nicht jede\*r muss alles können und wissen. Es reicht für den Einstieg, interessiert und offen für Neues zu sein. Gerade in den Sitzungen und im Austausch mit den anderen Mitgliedern lernt man sehr schnell sehr viel dazu. Die GEW bietet außerdem viele Fortbildungen für Personalräte an, in denen man sich das Grundhandwerkszeug aneignen und weitere Kontakte knüpfen kann.

**Wünschst du dir mehr junge Personalrät\*innen?**

Ja, unbedingt! Ich fänd es toll, wenn sich mehr junge Kolleg\*innen für den Personalrat interessieren würden. Das ist aber nicht mein Hauptgedanke. Ich bin überzeugt, dass alle Beschäftigten sich durch den Personalrat gut vertreten fühlen müssen – egal wie jung oder wie alt sie sind. Wir brauchen einen Generationendialog, damit wir vorhandenes Wissen nutzen und neue Kompetenzen und Interessen einbeziehen können. //

*Die Fragen stellte Anja Heifel-Rohden.*

**GEWERKSCHAFTLICHE BILDUNG**

**Stoppstrategien im Unterricht – keine Chance für „Platzhirsche“, „Clowns“ und „Alpha-Wölfinnen“**

**Termin:** 09.03.2019, 10.00–16.00 Uhr  
**Tagungsort:** Bochum oder Essen (Genauer Ort wird mit der Bestätigung bekannt gegeben.)  
**Referent:** Uwe Riemer-Becker  
**Teilnahmebeitrag:** 15,- Euro (GEW-Mitglieder), 40,- Euro (Nichtmitglieder); Verpflegung inklusive

Inhalte: Stoppstrategien bei überfallartigen Unterrichtsstörungen, Gelassenheit und Klarheit in Konfliktsituationen; nonverbale Kommunikation; Umgang mit Machtkämpfen; Notfallstrategien und „geordneter Rückzug“

**Schüler\*innen lieben klare Ansagen!  
 Mehr Stimme – mehr Präsenz – mehr Lehrer\*in**

**Termin:** 16.03.2019, 10.00–16.00 Uhr  
**Tagungsort:** Bochum oder Essen (Genauer Ort wird mit der Bestätigung bekannt gegeben.)  
**Referent:** Pedro Carlos de Castro, Stimmtrainer  
**Teilnahmebeitrag:** 15,- Euro (GEW-Mitglieder), 40,- Euro (Nichtmitglieder); Verpflegung inklusive

Inhalte: Stimmtraining-Basics und wesentliche Voraussetzungen einer glaubwürdigen Körpersprache; Werkzeuge für eine farbenfrohe, empathisch wirkende Stimme; Entwicklung der Darstellungsfähigkeiten mithilfe spielerischer Körperübungen und Reflexionen über Alltagsmuster

**Anmeldung:**  
 Anmeldeformulare unter [www.gew-nrw.de/fortbildungen](http://www.gew-nrw.de/fortbildungen); GEW NRW, Bettina Beefink, Nünningstraße 11, 45141 Essen, E-Mail: [bettina.beefink@gew-nrw.de](mailto:bettina.beefink@gew-nrw.de), Fax: 0201–29403 34. Rund vier Wochen vor dem jeweiligen Seminar wird eine Anmeldebestätigung verschickt. **Schnellstmögliche Anmeldung erforderlich!**



**LEHRERRÄTE MACHEN SICH FIT!  
 FORTBILDUNGEN**



Alle Veranstaltungen finden jeweils von 9.00 bis 16.30 Uhr statt. Weitere regionale Angebote unter [www.gew-nrw.de/fortbildungen](http://www.gew-nrw.de/fortbildungen)

**Anmeldung:** Anmeldeformulare unter [www.gew-nrw.de/fortbildungen](http://www.gew-nrw.de/fortbildungen), svenja.tafel@gew-nrw.de, Fax: 0201–29403 45 – Weitere Infos: [www.lehrrat-online.de](http://www.lehrrat-online.de)

- Basisqualifizierungen**
- ◆ StV Krefeld 12. Februar 2019
  - ◆ StV Bielefeld 13. Februar 2019
  - ◆ KV Rhein-Kreis-Neuss 19. Februar 2019
  - ◆ StV Wuppertal 12. März 2019
  - ◆ StV Münster 13. März 2019

- Nr. 3 – Systematisch, rechtssicher und erfolgreich als Lehrerrat arbeiten**
- ◆ OV Soest 14. Februar 2019
  - ◆ StV Düsseldorf 11. März 2019
  - ◆ StV Solingen 12. März 2019

**WEITERBILDUNGSANGEBOTE**

**WBG 19-169 Bausteine einer systematischen Lesekompetenzförderung Sek I**

**Termin:** 20.02.2019, 9.00–16.00 Uhr  
**Tagungsort:** Essen, GEW-Geschäftsstelle  
**Referent:** Ludger Brüning  
**Teilnahmebeitrag:** 100,- Euro (GEW-Mitglieder), 50,- Euro (GEW-Mitglieder ermäßigt), 150,- Euro (Nichtmitglieder)

Die unzureichende Lesekompetenz der Schüler\*innen verhindert das erfolgreiche Lernen in der Schule. Dies führt zu einer Vielzahl von Problemen im Unterricht. Im Ergebnis verlassen zwei von fünf Jugendlichen jedes Jahr die Schule und sind nur minimal beziehungsweise ungenügend auf die schriftbasierten Anforderungen des Alltags vorbereitet. In dieser Fortbildung zur Lesekompetenz werden unterschiedliche wirksame Möglichkeiten der Lesekompetenzförderung vorgestellt und erprobt (zum Beispiel Viel-/Lautleseverfahren, kooperative Leseverfahren, Lesestrategieverfahren). Vor diesem Hintergrund wird aufgezeigt, wie eine Schule systematisch eine wirksame Lesekompetenzförderung aufbauen kann und so den Anteil kompetenter Leser\*innen vergrößert.

**WBG 19-128 Effektives Classroom-Management für inklusive Klassen**

**Termin:** 29.03.2019, 16.00–19.30 Uhr bis 30.03.2019, 9.00–16.30 Uhr  
**Tagungsort:** Essen  
**Referentin:** Hilde Breuer  
**Teilnahmebeitrag:** 90,- Euro (GEW-Mitglieder), 50,- Euro (GEW-Mitglieder ermäßigt), 160,- Euro (Nichtmitglieder)

Ziel dieser Veranstaltung ist es, präventive Maßnahmen zur Verminderung von Unterrichtsstörungen für die eigene Klasse zu planen und praktisch vorzubereiten. Darüber hinaus werden proaktiv Interventionsmöglichkeiten anhand einer eigenen Eskalationsleiter geplant, um bei unangemessenem Schülerverhalten agieren und intervenieren zu können.

- ◆ Proaktives Planen von Regeltransparenz, Routinen und Belohnungssystemen – Gestaltungselemente passgenau für das eigene System
- ◆ Transparente Handlungsabläufe und direktive Klarheit bei Unterrichtsstörungen und Verhaltensinterventionen – Entwicklung einer eigenen Eskalationsleiter
- ◆ Unterrichtliche Klarheit, methodische Abläufe und Zieltransparenz in der Unterrichtsgestaltung – Praxistraining durch Microteaching
- ◆ Verbesserung des Arbeitsverhaltens und der Regeldisziplin durch Anforderungstransparenz und gruppenspezifische Verhaltensmodifikation – Sozial- und Arbeitsverhalten im Fokus der Unterrichtsplanung
- ◆ Aktives Beeinflussen von Gruppendynamik und Sozialstrukturen der Klasse



Alle Angebote für das Jahr 2019 finden Sie im aktuellen Bildungsflyer: [www.tinyurl.com/gew-bildungsangebote-2019](http://www.tinyurl.com/gew-bildungsangebote-2019)

**Anmeldung:**  
 Anmeldeformulare unter [www.gew-nrw.de/fortbildungen](http://www.gew-nrw.de/fortbildungen), DGB-Bildungswerk NRW e.V., c/o GEW NRW, Nünningstraße 11, 45141 Essen, Tel.: 0201–29403 26, Fax: 0201–29403 17, E-Mail: [weiterbildung@gew-nrw.de](mailto:weiterbildung@gew-nrw.de)  
 Für die Planung und Durchführung ist das DGB-Bildungswerk NRW e.V. verantwortlich.



# Wissenswertes

# für Angestellte und

## Versetzungsverfahren

### Regelungen gelten nicht nur für Lehrkräfte

Für Versetzungsverfahren von Schulsozialarbeiter\*innen, Sozialpädagogen\*innen und weiteren pädagogischen Mitarbeiter\*innen im Landesdienst gilt dasselbe Versetzungsverfahren wie für Lehrkräfte.

Das heißt, dass sich neben Lehrkräften und Seiteneinsteiger\*innen beispielsweise auch Sozialpädagogen\*innen für Stellen in multiprofessionellen Teams bewerben können. Sie können nicht abgewiesen werden mit der Begründung, sie seien für eine bestimmte Stelle eingestellt und dürften sich nicht weiter bewerben oder versetzen lassen. Auch für sie gelten folgende Regelungen des aktuellen Versetzungserlasses des Ministeriums für Schule und Bildung (MSB) NRW:

- ◆ Der Grundsatz „Versetzung vor Einstellung“ gilt auch für andere Professionen – vorausgesetzt, die fachlichen Voraussetzungen sind erfüllt.
- ◆ Versetzungsanträge für den Einstellungstermin am 1. August erfolgen über die Onlineplattform OLIVER bis zum 15. Dezember des Vorjahres und müssen jedes Jahr wieder neu gestellt werden. Ein Versetzungsantrag gilt also längstens bis zum 15. Dezember des Folgejahres.
- ◆ Vor der Ausschreibung einer Stelle prüfen die Bezirksregierungen, ob es entsprechende Versetzungsbewerber\*innen gibt.
- ◆ Das Versetzungsbüro informiert die Bewerber\*innen über den geplanten Einsatz, bevor der endgültige Bescheid erfolgt.
- ◆ Die Stelle wird erst öffentlich ausgeschrieben, wenn keine passende Versetzungsbewerbung vorliegt.
- ◆ Versetzungsanträge können nur berücksichtigt werden, wenn sie vor der Stellenausschreibung gestellt wurden. *Ute Lorenz*

Mehr unter [www.gew-nrw.de/online-archiv](http://www.gew-nrw.de/online-archiv) (Webcode: 236641) und [www.tinyurl.com/versetzungserlass-2019](http://www.tinyurl.com/versetzungserlass-2019)

## BAföG

### Förderung auch nach Bachelor

Auszubildende, die nach dem Erwerb eines Bachelorgrades infolge der vollständigen Anrechnung ihrer in dem Bachelorstudiengang erbrachten Leistungen von einer Hochschule zu einem höheren Fachsemester eines Diplomstudiengangs in derselben Fachrichtung zugelassen werden, haben für die Dauer der Regelstudienzeit des Diplomstudiengangs einen Anspruch auf Ausbildungsförderung. (BVerwG: 5 C 10.17)

*Quelle: DGB, einblick 1/2019*

## Studentische Hilfskräfte

### Befristung nur bei wissenschaftlicher Hilfstätigkeit

Die Befristung des Arbeitsverhältnisses einer studentischen Hilfskraft ist nur dann zulässig, wenn nach dem Arbeitsvertrag wissenschaftliche oder künstlerische Hilfstätigkeiten zu erbringen sind. Es genügt nicht, dass die Tätigkeit dem Hochschulbetrieb allgemein zugutekommt. (LAG Berlin-Brandenburg: 7 Sa 143/18) *Quelle: DGB, Urteile Ticker, Januar 2019*

## Nachversicherung von Beamt\*innen

### NRW-Praxis ist unvereinbar mit Europarecht

Beamt\*innen, die auf eigenen Antrag aus dem Dienst ausgeschieden sind, um in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu arbeiten, werden in NRW vom Landesarbeitgeber nachversichert. Diese Praxis ist unvereinbar mit dem Europarecht. Das hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf im Februar 2018 entschieden (23 K 6871/13).

Das Verwaltungsgericht sah in der Praxis der Nachversicherung einen mit Europarecht nicht zu vereinbarenden Eingriff in die Freizügigkeit der Arbeitnehmer\*innen nach Artikel 45 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). Der Europäische Gerichtshof hatte diese Auffassung im Juli 2016 bestätigt (C-187/15).

### Der Fall: Von NRW nach Österreich

Hintergrund ist die Klage eines ehemaligen Lehrers, der von 1980 bis 1999 in NRW beschäftigt war. Im September 1999 nahm er eine Tätigkeit als Lehrer in Österreich auf und musste deshalb auf eigenen Antrag aus dem Beamt\*innenverhältnis ausscheiden. Nach seinem Eintritt in den Ruhestand erhält er keine beamt\*innenrechtlichen Versorgungsbezüge nach nordrhein-westfälischem Recht. Stattdessen wurde er gemäß § 8 SGB VI bei der Deutschen Rentenversicherung nachversichert. Anders als angestellte Lehrer\*innen konnte der Kläger mit der Nachversicherung keine Versorgungsansprüche bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) erwerben. Neben seinen in Österreich erworbenen Pensionsansprüchen erhält er eine monatliche Altersrente von der Deutschen Rentenversicherung. Würden ihm für seine Tätigkeit als beamteter Lehrer in NRW Versorgungsbezüge nach beamt\*innenrechtlichen Grundsätzen gewährt, fielen diese höher aus.

Nun hat das Verwaltungsgericht das Land Nordrhein-Westfalen verpflichtet, dem ehemaligen Lehrer einen Ausgleichsbetrag für den Verlust der Altersversorgung infolge seiner Entlassung aus dem Beamt\*innenverhältnis zuzuerkennen. Dabei sei er so zu stellen, als wären ihm die bisher im Beamt\*innenverhältnis erdienten Anwartschaften auf ein Ruhegehalt erhalten geblieben. Hinzuzurechnen seien entsprechende Vordienstzeiten aufgrund des Studiums.

### Für wen gelten die Grundsätze?

Diese Grundsätze des Verwaltungsgerichts Düsseldorf gelten zumindest für EU-Bürger\*innen, die in einem anderen Mitgliedstaat arbeiten wollen. Ungeklärt ist, ob sie auch für diejenigen gelten, die nach der Entlassung im Inland bleiben. Unter dem Gesichtspunkt der sogenannten Inländer\*innendiskriminierung ist fraglich, ob die bessere Behandlung von EU-Ausländer\*innen etwa gegen den Gleichheitssatz aus Artikel 3 Grundgesetz verstößt.

### Was können Betroffene tun?

Betroffenen ist zu empfehlen, folgenden Antrag an die Bezirksregierung zu richten: „Hiermit beantrage ich einen Ausgleichsbetrag für den Verlust der Altersversorgung mit der Maßgabe, so gestellt zu werden, als wären mir die bisher im Beamtenverhältnis erdienten Anwartschaften auf ein Ruhegehalt erhalten geblieben.“ *Dr. Mario Sandfort/VG Düsseldorf*

Mehr unter [www.gew-nrw.de/online-archiv](http://www.gew-nrw.de/online-archiv) (Webcode: 236657).

# Beamt\*innen rund um den Arbeitsplatz

## Pflichtstunden von angestellten Teilzeit-Lehrkräften

### Anspruch auf ungekürzte Altersermäßigung

Das Arbeitsgericht Bielefeld hat in einem Güetermin einer unterhältig teilzeitbeschäftigten Lehrerin die anteilige Altersermäßigung ab dem 55. Lebensjahr zugesprochen (3 Ca 1153/18).

Die Altersermäßigung der wöchentlichen Pflichtstunden ist geregelt in § 2 der Verordnung zu § 93 Absatz 2 Schulgesetz. Demnach fällt die Altersermäßigung bei teilzeitbeschäftigten Lehrer\*innen je nach Umfang ihrer Beschäftigung geringer aus.

Die Klage wurde begründet mit dem Teilzeit- und Befristungsgesetz. In § 4 heißt es: „Ein teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer darf wegen der Teilzeitarbeit nicht schlechter behandelt werden als ein vergleichbarer vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer [...]“. Nach einem Güetermin beim Arbeitsgericht Bielefeld lenkte die Bezirksregierung Detmold ein und erkannte der klagenden Lehrkraft die anteilige Altersermäßigung zu.

Für alle teilzeitbeschäftigten angestellten Lehrkräfte bedeutet das: Sie müssen eine anteilige Altersermäßigung erhalten – auch mit einer Stundenermäßigung von weniger als 50 Prozent. Für Beamt\*innen ist das Teilzeit- und Befristungsgesetz, mit dem die Klage erfolgreich begründet wurde, leider nicht anwendbar. *GEW Wuppertal / Ute Lorenz*

#### Mehr Infos:

- GEW NRW: [www.gew-nrw.de/online-archiv](http://www.gew-nrw.de/online-archiv) (Webcode: 236604)
- GEW Wuppertal: [www.tinyurl.com/gew-wtal-altersermaessigung](http://www.tinyurl.com/gew-wtal-altersermaessigung)
- Neue Westfälische: [www.tinyurl.com/nw-altersermaessigung](http://www.tinyurl.com/nw-altersermaessigung)

## Aktuelle Info des LBV

### Steuerliche Änderungen – höhere Nettobezüge

Das Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV) NRW informiert über die steuerlichen Änderungen, die ab dem 1. Januar 2019 gelten und zu einem höheren Auszahlungsbetrag führen. Der meist höhere Auszahlungsbetrag entsteht nicht durch eine Besoldungserhöhung, sondern einen geringeren Steuerabzug. Grund dafür sind drei Regelungen:

- ◆ Der Grundfreibetrag wird ab dem 1. Januar 2019 auf 9168,- Euro erhöht.
- ◆ Um die schleichende Steuererhöhung durch die sogenannte kalte Progression auszugleichen, werden die Eckwerte bei der Einkommensteuer ab Januar 2019 entsprechend der Inflation verschoben.
- ◆ Der steuerliche Kinderfreibetrag wird um jeweils 192,- Euro erhöht.

Mehr unter [www.gew-nrw.de/online-archiv](http://www.gew-nrw.de/online-archiv) (Webcode: 236658) und [www.tinyurl.com/finanzverwaltung-steuer-2019](http://www.tinyurl.com/finanzverwaltung-steuer-2019)

## Neue Gesetze und Regelungen

### Was ändert sich in 2019?

Seit dem 1. Januar 2019 gelten neue Gesetze und Regelungen: Der Mindestlohn steigt, es gibt Neuerungen bei der Rente und endlich zahlen die Arbeitgeber wieder den gleichen Anteil für den Beitrag zur Gesetzlichen Krankenversicherung. Der DGB erklärt, was sich für Arbeitnehmer\*innen und Versicherte ändert: [www.tinyurl.com/dgb-neu-in-2019](http://www.tinyurl.com/dgb-neu-in-2019) *DGB/hei*

## DIE WISSENSECKE

### Tarifrunde 2019

## Welche Rolle haben Personal- und Lehrerrat im Streik?

**Personal- und Lehrerräte sind die gewählte Interessenvertretung der Beschäftigten in Schule und Hochschule. Wie müssen sie sich im Streik verhalten? Dürfen sie mitmachen?**

Personal- und Lehrerräte sind keine Tarifvertrags- und deshalb auch keine Arbeitskämpfparteien. Ihre einzelnen Mitglieder sind genauso Arbeitnehmer\*innen wie alle anderen Beschäftigten in Schule und Hochschule und haben dieselben Rechte – einschließlich des Streikrechts. Sie dürfen also selbst streiken, können als Gewerkschaftsvertreter\*innen zum Streik aufrufen und ihn organisieren, Mitglied der Arbeitskampfleitung sein oder weitere gewerkschaftliche Aufgaben im Streik wahrnehmen.

#### Für den Personalrat gilt die Neutralitätspflicht

Der Personalrat als Organ muss sich im Arbeitskampf neutral verhalten. Er darf nicht zu Streiks aufrufen und an seinem „Schwarzen Brett“ auch keine Streikaufrufe veröffentlichen. Er ist auch nicht zuständig für den Abschluss von Notdienstvereinbarungen – diese sind Sache der streikführenden Gewerkschaft und des Arbeitgebers.

#### Im Streik alle auf dem Laufenden halten

Der Personalrat darf jedoch die Beschäftigten im Vorfeld und während eines Streiks informieren. Dazu gehören auch Informationen über die Forderungen der Tarifvertragsparteien sowie über Verlauf und Stand der Verhandlungen. Während der Tarifauseinandersetzung haben Personalräte das Recht, eine außerordentliche Personalversammlung einzuberufen. Schließlich ist das Informationsbedürfnis der Beschäftigten in dieser Zeit besonders groß! Hier kann der Personalrat die Tarifverhandlungen auf die Tagesordnung setzen und mit der Belegschaft darüber diskutieren. Es empfiehlt sich, hierzu Gewerkschaftsvertreter\*innen einzuladen.

#### Die eigene Rolle klar machen

Die Beschäftigten können häufig nicht unterscheiden, in welcher Funktion ein Mitglied der Personalvertretung in Streikzeiten gerade auftritt. Deshalb ist es besonders wichtig, sich in jeder Situation darüber im Klaren zu sein und auch nach außen deutlich zu machen, ob man als Arbeitnehmer\*in und Gewerkschafter\*in agiert oder als Mitglied des Personalrats. *Ute Lorenz*

GEW NRW: Themenseite „Tarifrunde 2019“  
[www.gew-nrw.de/tarifrunde-2019](http://www.gew-nrw.de/tarifrunde-2019)

ver.di: Wir sind es wert – Tarif- und Besoldungsrunde 2019  
[wir-sind-es-wert.verdi.de](http://wir-sind-es-wert.verdi.de)

# Wissenswertes

# zum Schulrecht

## Belastungsausgleichsgesetz G9

Die Landesregierung legt den Gesetzentwurf vor zur Regelung des Belastungsausgleichs zum Gesetz zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium (Belastungsausgleichsgesetz G9 – BAG-G 9). Er basiert auf dem Referent\*innenentwurf von Juni 2018, der mit den kommunalen Spitzenorganisationen beraten wurde. Beide Entwürfe gründen auf dem Gutachten einer Projektgruppe unter Leitung von Prof. Dr. Kerstin Schneider und Dr. Anna M. Makles von der Universität Wuppertal sowie Prof. Dr. Klaus Klemm. Im Vergleich mit dem Gutachten veranschlagt die Landesregierung in gleicher Höhe die einmaligen Kosten (518 Millionen Euro) und etwas geringere jährliche Kosten ab 2017 (rund 28 Millionen Euro statt der empfohlenen 30 Millionen Euro).

Gesetzentwurf der Landesregierung

Webcode: 236685

## Behindertengleichstellungsgesetz

Die Landesregierung legt einen Entwurf für ein „Gesetz zur Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes Nordrhein-Westfalen“ (BGG NRW) vor. Enthalten ist unter anderem die „Aufnahme einer Ausnahmeregelung vom Anwendungsbereich für Websites und mobile Anwendungen“ in das BGG NRW. Diese wird gültig sein für öffentliche Schulen und Ersatzschulen sowie für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege.

Gesetzentwurf der Landesregierung

Webcode: 236676

## Unterrichtsausfall

Im Schuljahr 2017/2018 sind an den Schulen in NRW durchschnittlich 5,1 Prozent des Unterrichts ausgefallen. Das ist das Ergebnis der neuen Unterrichtsausfallstatistik, die nach dem rollierenden Verfahren der Vorgängerregierung durchgeführt wurde. Alle öffentlichen Schulen mussten dafür Daten melden. Neben dem ersatzlosen Ausfall von Unterricht mit einem Anteil von 3,8 Prozent liegt der Anteil von eigenverantwortlichem Arbeiten ohne Lehrkraft bei 1,3 Prozent.

Pressemitteilung des MSB NRW

Webcode: 236653

## Klassenrichtzahl an Grundschulen

Die Landesregierung legt im Schulausschuss einen „Bericht (...) zu den Auswirkungen der Einführung einer kommunalen Klassenrichtzahl als Höchstgrenze für die zu bildenden Eingangsklassen an Grundschulen“ vor: „Im Ergebnis ist festzuhalten, dass es keiner Änderung des § 6a VO zu § 93 Abs. 2 SchulG bedarf. Die Auswirkungen der Einführung einer kommunalen Klassenrichtzahl sind als überwiegend positiv einzustufen. Die Vorschrift hat es ermöglicht, dass mehr als die Hälfte der Schulträger ihre Schulentwicklungsplanung inzwischen angepasst haben. (...) Den konstruktiven Hinweisen der oberen und unteren Schulaufsicht, in welchen Bereichen noch Nachsteuerungsbedarf besteht, wird nachgegangen.“

Bericht der Landesregierung

Webcode: 236662

## Gutachten: Dienstliche Endgeräte in Schule

Sigrid Beer, schulpolitische Sprecherin der Fraktion der GRÜNEN, hatte beim Gutachterdienst des Landtags eine rechtliche Prüfung darüber beauftragt, wer für die Finanzierung digitaler Endgeräte für Schule und Unterricht zuständig ist. Das Gutachten verfasste Prof. Michael Wrase vom Wissenschaftszentrum Berlin und dokumentierte folgende Kernaussagen: „Die Arbeit mit Computern und digital zugänglichen Medien wie dem Internet ist im Unterricht beziehungsweise zu dessen Vorbereitung notwendig; was sich aus dem Schulgesetz sowie den Kernlernplänen ergibt. Auch für die Erfüllung administrativer Aufgaben (zum Beispiel Zeugnisse schreiben) sind sie Voraussetzung. Aus § 79 SchulG ergibt sich die Verpflichtung der Schulträger für die Ausstattung, auch der Lehrkräfte. Das – wahrscheinlich nicht ordentlich erfüllte – Konnexitätsprinzip verpflichtet jedoch auch das Land, das ja die pädagogischen Voraussetzungen setzte, zur finanziellen Unterstützung. Auch spielt hier das Fürsorgeprinzip hinein, das sowohl für beamtete als auch angestellte Lehrkräfte die notwendige Ausstattung fordert.“ Der Gutachter sieht sogar bei Nichtbereitstellung der digitalen Endgeräte eine Möglichkeit der Selbstanschaffung und Kostenerstattungs-pflichten des Landes. Das Gutachten verweist unter anderem auch auf die GEW-Stellungnahme bei der Expert\*innenanhörung im Landtag am 5. September 2018 und bestätigt insgesamt die GEW-Forderungen.

Rechtsgutachten des parlamentarischen Dienstes

Webcode: 236612

## Mindestgrößenverordnung

Die Mindestgrößenverordnung wurde geändert. Die Änderungen betreffen die vorgegebenen Quantitäten und die Befristung.

Gesetz- und Verordnungsblatt, Ausgabe 2019, Nr. 1

Webcode: 236661

## Vertretungskonzept im Gemeinsamen Lernen

Die Bezirksregierung Düsseldorf legt das Papier „Verbindliche Vereinbarung zum Vertretungskonzept für die sonderpädagogische Förderung im Gemeinsamen Lernen“ vor und kommentiert: „Häufig entstehen bei Personalausfällen von Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen für alle belastende Situationen. Der Arbeitskreis Inklusion der Bezirksregierung Düsseldorf hat daher in Zusammenarbeit mit den Generalisten für sonderpädagogische Förderung eine Vereinbarung für ein Vertretungskonzept für die sonderpädagogische Förderung im Gemeinsamen Lernen erstellt, das für alle Beteiligten die notwendigen Verfahrensschritte in den jeweiligen Vertretungsfällen transparent darstellt.“

Konzept der BZR Düsseldorf

Webcode: 236660



Die geschützten Dokumente sind per Webcode unter [www.gew-nrw.de/online-archiv](http://www.gew-nrw.de/online-archiv) abrufbar. Um auf das Online-Archiv zugreifen zu können, müssen Sie unter [www.gew-nrw.de](http://www.gew-nrw.de) eingeloggt sein. Vor dem ersten Log-in ist eine Registrierung erforderlich.

### Kennen Sie schon den Reiseservice der GEW NRW?

Die GdP-Service-GmbH NRW ist das Reisebüro der GEW NRW.

Wir bieten den GEW-Mitgliedern sowie deren Angehörigen die Möglichkeit, Reisen zu günstigen Preisen mit unserem bewährten Service zu buchen. Wir arbeiten mit nahezu allen namhaften Reiseveranstaltern in Deutschland zusammen (z. B. Studiosus, GeBeCo/ Dr.Tigges - Wikinger - TUI - Meiers-Weltreisen - Thomas Cook - Jahn - ITS - alltours - AIDA - DERTOUR - Nickotours - FTI - Schauinslandreisen - Costa), sodass wir Ihnen eine breite Produktpalette anbieten können.

Sie haben spezielle Vorstellungen oder Wünsche? Wir unterstützen Sie bei der Umsetzung Ihrer Urlaubswünsche.

Informieren Sie sich bitte auch über unsere Sonderreisen im Internet.

**Hotline:**  
**+49 211 29101-44/45/63 + 64**

**Noch Fragen?**  
**Unser Reisebüro ist**  
**von Montag bis Freitag,**  
**9.00-18.00 Uhr telefonisch,**  
**persönlich bis 17.00 Uhr erreichbar.**

## Aktuelle Angebote Ihres Reisebüros



### 500 Jahre Renaissance an der Loire 8-Tage Busrundreise

2019 wird an der Loire das Erbe der Renaissance groß gefeiert: Vor 500 Jahren wurde der Grundstein von Schloss Chambord gelegt, die spätere französische Königin Caterina de Medici kam zur Welt - und 1519 starb auch Allround-Genie Leonardo da Vinci im Herrenhaus Clos Lucé bei Amboise. Kommen Sie mit zu unserer Schlösserrunde auf den Spuren der französischen Renaissance. Ausgangspunkt unserer Erkundigungen ist die hübsche Stadt Tours.

Individuelle Anreise nach Mannheim, von dort geht es mit dem Reisebus Richtung Reims.

#### Im Preis enthalten:

- Rundreise/ Ausflüge im modernen Reisebus
- 7 Übernachtungen in guten Hotels
- Doppelzimmer mit Bad oder Dusche und WC
- Frühstücksbuffet, 2 x Abendessen im Hotel, 1 x Abendessen im Restaurant
- eine Weinprobe
- speziell qualifizierte Reiseleitung

Reisetermin zum Beispiel: 16.07.-23.07.2019, Eigenanreise

Reisepreis p. Person **ab 1.380,- Euro**

### Portugal/ Algarve Hotel Alisios \*\*\*\*

Das kleine, aber feine Hotel befindet sich auf einem Felsvorsprung direkt am feinen Sandstrand (über Treppen zu erreichen). In die historische Altstadt von Albufeira gelangt man in circa 10-15 Gehminuten. Albufeira, ehemals "Al-buhere" - Burg über dem Meer - gilt heute als größter Badeort der Algarve. Terrassenförmig ziehen sich weiß getünchte Häuser mit maurischen Kaminen in Richtung Meer. Den Charme seines alten Ortskerns hat Albufeira behalten. In den schmalen Gassen und Fußgängerzonen der Altstadt lockt eine große Auswahl an Restaurants, Bars und Geschäften.

Das Hotel verfügt über 115 Zimmer und bietet Sport-, Wellness- und Unterhaltungsangebote.

Reisetermin zum Beispiel: 17.04.-24.04.2019, Flug ab/ bis Düsseldorf

Reisepreis p. Person/ DZ/ HP **ab 902,- Euro**

Zwischenverkauf vorbehalten

GdP-Service-GmbH NRW  
Gudastraße 9 • 40625 Düsseldorf  
Tel. 0211/29101-44/45/64  
Fax 0211/29101-15  
www.gdp-reiseservice.de

### Usbekistan Höhepunkte 10-Tage Busrundreise

Legenden, vielzählig wie Sand in der Wüste, spinnen sich um Usbekistan. Auf der sagenumwobenen Seidenstraße blühte der Handel, Eroberer unterschiedlichster Religionen und Kulturen hinterließen Insignien ihrer Macht, die Oasenstädte wie Samarkand, Buchara und Chiwa in märchenhaften Glanz hüllen. Begleiten Sie uns auf dieser Studienreise zu tausendundeinem Blick hinter die schillernden Kulissen des Landes.

#### Im Preis enthalten:

- Bahnreise zum/ vom Abflughafen in der 1. Klasse
- Linienflug (Economy) mit Uzbekistan Airways von Frankfurt nach Taschkent und zurück; bei diesen und weiteren Flugverbindungen Aufpreise möglich
- Inlandsflug (Economy) mit Uzbekistan Airways von Urgentsch nach Taschkent
- Flug-/ Sicherheitsgebühren
- Transfers/ Ausflüge/ Rundreise in landesüblichen Reisebussen
- 10 Übernachtungen, Hotels mit Klimaanlage, teilweise auch mit Swimmingpool
- Doppelzimmer mit Bad oder Dusche und WC
- Frühstücksbuffet, 1 x Mittagessen in einem Restaurant, 3 x Abendessen im Hotel, 4 x Abendessen in typischen Restaurants, 1 x Abendessen bei einer Familie

Reisetermin zum Beispiel: 12.08.-22.08.2019, ab/ bis Frankfurt

Reisepreis p. Person **ab 1.890,- Euro**

### Irland zum Kennenlernen 7-Tage Busrundreise

Klippen und Klöster, Dublin und Dolmen, Guinness und Golfstrom - in acht Tagen rund um Irland. Wir besuchen die bedeutenden kulturellen und landschaftlichen Höhepunkte im Süden und Westen und lernen in Pubs, auf Farmen und in unseren Hotels, die alle eine familiäre Atmosphäre auszeichnet, die Menschen der Grünen Insel kennen: lebenslustig und hilfsbereit.

#### Im Preis enthalten:

- Bahnreise zum/ vom Abflughafen in der 1. Klasse
- Linienflug (Economy) mit Aer Lingus von Düsseldorf nach Dublin und zurück; bei diesen und weiteren Flugverbindungen Aufpreise möglich
- Flug-/ Sicherheitsgebühren
- Transfers/ Ausflüge/ Rundreise in bequemen Reisebussen
- 7 Übernachtungen in bewährten landestypischen Hotels
- Doppelzimmer mit Bad oder Dusche und WC
- Frühstücksbuffet, 6 x Abendessen im Hotel

Reisetermin zum Beispiel: 21.07.-28.07.2019, ab/ bis Düsseldorf

Reisepreis p. Person **ab 1.757,- Euro**

## Ausschreibung der Wahlen: Gewerkschaftstag 2019

Der Gewerkschaftstag des Landesverbands Nordrhein-Westfalen der GEW, der vom 23. bis 25.5.2019 stattfindet, hat gemäß Satzung Paragraf 7 Absatz 1 durch Wahl folgende Ämter zu besetzen:

1. die\*den Landesvorsitzende\*n und die zwei stellvertretenden Landesvorsitzenden (Paragraf 8 Absatz 2 Buchstabe a) und b) der Satzung)
2. die\*den Kassierer\*in und die\*den stellvertretende\*n Kassierer\*in (Paragraf 8 Absatz 2 Buchstabe c) der Satzung)
3. die\*den verantwortliche\*n Redakteur\*in der nds (Paragraf 8 Absatz 2 Buchstabe d) der Satzung)
4. Die Leiter\*innen und die stellvertretenden Leiter\*innen der Referate (Paragraf 8 Absatz 2 Buchstabe e) der Satzung):

A Dienstrecht, Besoldung und Vergütung  
 B Bildungspolitik und Erziehungswissenschaften  
 C Schulrecht, Bildungsfinanzierung und Bildungsstatistik  
 D Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrenden und Erziehenden  
 E Wissenschaft und Hochschule  
 F Personalvertretungsrecht  
 G Werbe- und Öffentlichkeitsarbeit  
 H Rechtsschutz  
 J Jugendhilfe und Sozialarbeit  
 K Gewerkschaftliche Bildungsarbeit  
 L Arbeits- und Gesundheitsschutz

5. die\*den Leiter\*in und die\*den stellvertretende\*n Leiter\*in des Ausschusses für Ruheständler\*innen (Paragraf 12 Absatz 3 Buchstabe b) der Satzung)
6. die\*den Leiter\*in und die\*den stellvertretende\*n Leiter\*in des Ausschusses für Tarifpolitik (Paragraf 12 Absatz 3 Buchstabe c) der Satzung)
7. die\*den Leiter\*in und die\*den stellvertretende\*n Leiter\*in des Ausschusses Migration, Diversity, Antidiskriminierung (Paragraf 12 Absatz 3 Buchstabe e) der Satzung)
8. die\*den Leiter\*in und die\*den stellvertretende\*n Leiter\*in des Ausschusses für Schulleitung (Paragraf 12 Absatz 3 Buchstabe f) der Satzung)
9. die\*den Leiter\*in und die\*den stellvertretende\*n Leiter\*in des Ausschusses Offener Ganztage (Paragraf 12 Absatz 3 Buchstabe g) der Satzung)

Der Gewerkschaftstag hat zu bestätigen:

1. die gemäß Paragraf 10 Absatz 4 Buchstabe a der Satzung gewählten Vorsitzenden und zwei stellvertretenden Vorsitzenden der Bezirksvorstände Arnsberg, Detmold, Düsseldorf, Köln und Münster
2. die gemäß Paragraf 14 Absatz 2 der Satzung gewählten Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Fachgruppen:
  - a) Fachgruppe Berufskolleg
  - b) Fachgruppe Erwachsenenbildung
  - c) Fachgruppe Gesamtschule
  - d) Fachgruppe Grundschule
  - e) Fachgruppe Gymnasium
  - f) Fachgruppe Hauptschule
  - g) Fachgruppe Hochschule und Forschung
  - h) Fachgruppe Realschule

- i) Fachgruppe Schulaufsicht und Schulverwaltung
- j) Fachgruppe Sekundarschule
- k) Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
- l) Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe

3. die\*den gemäß Paragraf 12 Absatz 4 der Satzung gewählte\*n Leiter\*in und stellvertretende\*n Leiter\*in des Ausschusses Junge GEW NRW
4. die gemäß Paragraf 12 Absatz 4 und 5 der Satzung gewählte Leiterin und die beiden stellvertretenden Leiterinnen des Landesfrauenausschusses (LFA)
5. die\*den gemäß Paragraf 13 Absatz 2 der Satzung gewählte\*n Vorsitzende\*n und stellvertretende\*n Vorsitzende\*n des Landesausschusses für Student\*innen (LASS)

**Wahl der Landesschiedskommission:**

Gemäß Paragraf 9 Absatz 1 der Satzung der GEW wählt der Gewerkschaftstag die Landesschiedskommission. Zu wählen sind drei ständige und drei stellvertretende Mitglieder. Die ständigen und stellvertretenden Mitglieder müssen am Tag der Wahl mindestens drei Jahre der GEW als ordentliche Mitglieder angehören. Sie dürfen mit Annahme ihrer Wahl nicht mehr Mitglieder oder Ehrenmitglieder von Organen der GEW oder Organen ihrer Gliederungen sein.

**Hinweise:**

Gemäß Paragraf 8 Absatz 2 der Satzung muss mindestens eine der stellvertretenden Landesvorsitzenden eine Frau sein und unter den Mitgliedern des Landesvorstandes gemäß Paragraf 8 Absatz 2 Buchstabe c) bis k) und ihren Stellvertreter\*innen muss jeweils mindestens eine Frau sein.

Gemäß Paragraf 8 Absatz 4 der Satzung kann auf Beschluss des Gewerkschaftstags statt einer\*s Vorsitzenden und zweier stellvertretender Vorsitzender ein dreiköpfiges gleichberechtigtes Leitungsteam gewählt werden. Gemäß Paragraf 8 Absatz 5 der Satzung können die Wahlfunktionen gemäß Absatz 2 Buchstabe c) bis k) auf Beschluss des jeweiligen Wahlgremiums ebenfalls mit einem bis zu dreiköpfigen Leitungsteam besetzt werden. In diesem Fall entfällt die Wahl einer\*s Vertreter\*in. Die Frauenquote gemäß Paragraf 8 Absatz 2 der Satzung gilt entsprechend.

Der Wahlausschuss macht darauf aufmerksam, dass bei den Funktionen gemäß Paragraf 8 Absatz 2 Buchstabe a)–e) und Paragraf 12 Absatz 4 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 3 Buchstabe b), c), e), f) und g) der Satzung der Gewerkschaftstag vor den jeweiligen Wahlhandlungen zu beschließen hat, ob die Funktionen durch Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende oder durch ein Leitungsteam wahrgenommen werden sollen. Bei den Wahlvorschlägen sollte deshalb angegeben werden, ob sich der Wahlvorschlag auf die Wahrnehmung der Funktion als Vorsitzende\*r beziehungsweise Stellvertreter\*in oder in einem Leitungsteam bezieht.

Wahlvorschläge müssen bis zum **22. März 2019** an den Vorsitzenden des Wahlausschusses Adolf Bartz, Huub Hermansstraat 37, NL-6291 LP Vaals, oder per E-Mail an a.bartz@kpnplanet.nl geschickt werden. Spätere Wahlvorschläge können gemäß Paragraf 2 Absatz 3 der Wahlordnung auf dem Gewerkschaftstag eingebracht werden. Diese bedürfen dann der Unterstützung von mindestens 20 Delegierten. Die schriftliche Zustimmung der Vorgesetzten muss vorliegen.

Adolf Bartz,  
Vorsitzender des Wahlausschusses der GEW NRW

## Noch Plätze frei: Mit-Reiseprojekt „As Friends to Kenya“

Wer den Alltag von Familien der Luo im Südwesten von Kenia kennenlernen will, ist 2019 wieder herzlich willkommen. Der Verein Lebendige Kommunikation (LebKom) e.V. organisiert das Mit-Reiseprojekt seit über 25 Jahren. Die Frauen der Yala-Frauengruppe können sich durch das Mit-Reiseprojekt Einkommensquellen erschließen und langfristige Pläne, wie die Errichtung einer Gesundheitsstation, verwirklichen. Wer am Mit-Reiseprojekt teilnimmt, lernt

Entwicklungszusammenarbeit kennen, die mit Innovation und Nachhaltigkeit die Frauen in der Region stärkt. Die Anzahl der Teilnehmer\*innen ist auf zwölf Personen (Alleinreisende, Paare, Familien, Gruppen) beschränkt. Reisezeit: 12.04.–27.04.2019. Ein zweitägiges Seminar in Fulda bereitet auf die Projektreise vor.

**Mehr Infos auf [www.mit-reiseprojekt-kenia.de](http://www.mit-reiseprojekt-kenia.de) und telefonisch unter 0661-64125 (Ansprechpartnerin: Ingeborg Scholz)**



Foto: LebKom e.V.

## Seminar: Mitarbeit im Personalrat – ist das was für mich?

Die Bezirksfachgruppe Gesamtschulen Arnsberg informiert über die vielseitige und abwechslungsreiche Tätigkeit als Personalrat.

**Termin:** 27.02.2019, 14.00–16.30 Uhr

**Ort:** Hotel DJH Jugendgästehaus  
Adolph Kolping, Silberstr. 24–26,  
44137 Dortmund

Das Schnupperseminar richtet sich an Kolleg\*innen aller Schulformen, die sich vorstellen können, im Personalrat tätig zu werden und für die Vorschlagsliste der Personalratswahlen 2020 im Bezirk Arnsberg zu kandidieren. Personalräte vertreten die Interessen ihrer Kolleg\*innen nach den Vorgaben des Landespersonalvertretungsgesetzes NRW.

### Programm

Die genauen Schwerpunkte des Seminars legen die Teilnehmer\*innen vor Ort fest.

- ◆ Was machen Personalräte genau? (rechtlicher Rahmen, Arbeitsformen, Aufgaben)
- ◆ Wie sieht Personalratsarbeit im Alltag aus?
- ◆ Wie könnte ich mich mit meinen Erfahrungen und Fähigkeiten in einen Personalrat einbringen?
- ◆ Mit welchen Herausforderungen werde ich konfrontiert, wenn ich als GEW-Mitglied im Personalrat arbeite?
- ◆ Welche Entwicklungsperspektiven habe ich?

**Infos und Anmeldung bis zum 19.02.2019 per E-Mail an [gewdortmund@t-online.de](mailto:gewdortmund@t-online.de) oder telefonisch unter 0231-148881. Bei der Anmeldung müssen Name, Adresse und Schule angegeben werden.**

## DGB-Fortbildungsreihe MQ:REX: „Multiplikatorenqualifizierung Rechtsextremismus – Prävention und Intervention“

Das DGB-Bildungswerk bietet unter anderem für Lehrkräfte eine „Multiplikatorenqualifizierung Rechtsextremismus – Prävention und Intervention“ an.

**Termin:** 23.05.2019–08.12.2019 (fünf Seminarblöcke)

**Ort:** DGB Tagungszentrum Hattingen,  
Am Homberg 44–50,  
45529 Hattingen

**Kosten:** Die Teilnahmegebühr beträgt 550,- Euro (inkl. EZ)

Die Fortbildung MQ:REX versetzt angehende Multiplikator\*innen in die Lage, qualifiziert gegen rechte und menschenverachtende Einstellungen zu handeln und für ein demokratisches Miteinander einzutreten. In fünf Blöcken vermittelt das Seminar praxisnahes Wissen zu Rechtsextremismus, Rassismus und Möglichkeiten präventiven Handelns. Die Fortbildungsreihe richtet sich an Multiplikator\*innen aus pädagogischen und angrenzenden Tätigkeitsfeldern.

**Anmeldung telefonisch unter 02324-508484**

**Gewerkschaft**  
Erziehung und Wissenschaft  
Stadtverband  
Köln



Der Stadtverband Köln der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sucht ab 1. Juli 2019 eine\*n

### Gewerkschaftssekretär\*in

Detaillierte Angaben zu Voraussetzungen, Aufgaben, Erwartungen sowie unser Stellenangebot haben wir ins Netz gestellt unter

**[www.gew-koeln.de](http://www.gew-koeln.de)**

Bewerbungsfrist ist der 18. März 2019.

Wir bitten um schriftliche Bewerbungen mit vollständigen, aussagekräftigen Unterlagen an: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, StV Köln, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, zu Händen Angela Bankert, Tel.: +49 221 516267, E-Mail: [angela.bankert@gew-koeln.de](mailto:angela.bankert@gew-koeln.de)

### Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffent. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

**0800 - 1000 500** Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.  
Seit über 40 Jahren.



### NEUER exklusiver Beamtenkredit

**2,50%** echter Vorteilszins  
effektiver Jahreszins

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- €

Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

Teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

### Unser bester Zins aller Zeiten

### Sensationell günstig

**AK FINANZ**  
Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68159 Mannheim  
Tel: (0621) 178180-0  
info@ak-finanz.de  
www.AK-Finanz.de

neue deutsche schule – ISSN 0720-9673  
Begründet von Erwin Klatt

**Herausgeber**  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Nordrhein-Westfalen  
Nünningstraße 11, 45141 Essen

**nds-Redaktion**  
Anja Heifel-Rohden (Tel. 0201-2940355), Sherin Krüger, Jessica Küppers, Fritz Junkers (verantwortlich), Stefan Brackertz, Sabine Flögel, Melanie Meier  
Bildredaktion und Satz: Daniela Costa, bureau.de  
E-Mail: [redaktion@nds-verlag.de](mailto:redaktion@nds-verlag.de)

**GEW-Landesgeschäftsstelle und Kassenverwaltung**  
Nünningstraße 11, 45141 Essen  
Tel. 0201-2940301, Fax 0201-2940351  
E-Mail: [info@gew-nrw.de](mailto:info@gew-nrw.de)

Referat Rechtsschutz Tel. 0201-2940341

**Redaktion und Verlag**  
Neue Deutsche Schule Verlagsgesellschaft mbH  
Nünningstraße 11, 45141 Essen  
Tel. 0201-2940306, Fax 0201-2940314  
Geschäftsführer: Hartmut Reich  
E-Mail: [info@nds-verlag.de](mailto:info@nds-verlag.de)

**Herstellung**  
Basis-Druck GmbH  
Springwall 4, 47051 Duisburg

**nds-Anzeigen**  
PIC Crossmedia GmbH  
Hitdorfer Straße 10, 40764 Langenfeld  
Tel. 02173-985986, Fax 02173-985987  
E-Mail: [anzeigen@pic-crossmedia.de](mailto:anzeigen@pic-crossmedia.de)

Die neue deutsche schule erscheint monatlich.

Gültig ist Anzeigenpreisliste Nr. 55 (Januar 2019).

Für Mitglieder der GEW ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können die Zeitschrift beim Verlag zum jährlichen Abonnementpreis von 35,- Euro (einschl. Porto) bestellen. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Essen.

Mit Namen gekennzeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich bei allen Veröffentlichungen Kürzungen vor. Die Einsendung von Beiträgen muss vorher mit der Redaktion verabredet werden. Unverlangt eingesandte Bücher und Beiträge werden nur zurückgesandt, wenn dies gewünscht wird.

nds-Titelfoto: christophe papke / photocase.de; Fotos im Inhaltsverzeichnis: iStock.com / vasiliki, misterQM, AntonioGravante / photocase.de

**nds-Zeitschrift [www.nds-zeitschrift.de](http://www.nds-zeitschrift.de)**  
**NDS Verlag [www.nds-verlag.de](http://www.nds-verlag.de)**  
**GEW NRW [www.gew-nrw.de](http://www.gew-nrw.de)**

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen,  
Nünningstraße 11, 45141 Essen  
Postvertriebsstück - Entgelt bezahlt

1-2019

# Ihr seid gefragt: ein neuer Name für die nds

Idee einsenden und gewinnen!

## SCHICKT UNS EURE IDEEN!

Es geht um euer Magazin. Deshalb sind wir neugierig auf eure Ideen: **Wie soll die nds in Zukunft heißen?**  
Als Dankeschön verlost die GEW NRW unter allen Teilnehmer\*innen 20 x 2 Kinogutscheine.

**JETZT ONLINE MITMACHEN:**  
**[WWW.GEW-NRW.DE/NEUER-NAME](http://WWW.GEW-NRW.DE/NEUER-NAME)**

## EIN NEUES MAGAZIN FÜR UNSERE MITGLIEDER

Mehr lebendige Geschichten, mehr politische Meinung und mehr nützlicher Service – ab Sommer 2019 erscheint das Mitgliedermagazin der GEW NRW in neuem Gewand. Mehr dazu unter [www.tinyurl.com/nds-relaunch](http://www.tinyurl.com/nds-relaunch)

*Einsendeschluss ist der 17.02.2019. Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder der GEW NRW. Die Gewinner\*innen werden per E-Mail benachrichtigt und zusätzlich in der nds 2-2019 bekanntgegeben.*